

FOEHN

13 UND 14

Deutschland will Österreich wiederhaben / Die
Sargnägels Österreichs / Der Vergleich / Die Vorläufer in der
Geschichte / Am Beispiel Transitverkehr / Der Ausverkauf

INHALT

Deutschland will Österreich	3
Die Sargnagel Österreichs	6
Der Vergleich macht Sie sicher	11
Die Vorläufer in der Geschichte	12
Wir werden betrogen	15
Der Ausverkauf Tirols	35
Jagd auf Tirol	53
Die Umfaller	59
Wie weiter?	62
Mitteilung über den Freispruch	71
Geziefer	75
FOEHN-Post	74

IMPRESSUM

Verleger, Herausgeber, Hersteller: Markus Wilhelm, 6450 Sölden 68
 Herstellungsort: Innsbruck
 Grundlegende Richtung der Zeitschrift: Zuspitzung
 Anschrift des Verlags und der Redaktion:
 FOEHN, Peter-Mayr-Straße 3, 6020 Innsbruck (Tel. 0512 / 57 32 12)
 Einzelheft: S 30,- / Vier Heft-Abonnement: S 120,- inkl. Versand, Ausland: S 140,-
 Keine Austausch-Abos.
 Bankverbindung: PSK / Kto. Nr. 1635/089

Wir werden verraten und verkauft

Von Markus Wilhelm

Vom Frühling, der ins Land zieht, und seinen Freuden wollte ich hier schreiben, doch dann hörte ich wieder von diesen Geschichten, und ich mußte das Thema zurückstellen.

Auf monströse Figuren stieß ich, mit zwei Köpfen und solche, die aus lauter Buckel bestanden, solche mit rundherumdrehbaren Hälsen und solche mit ganz kurzen, fast verkümmerten Beinen, ja, und solche, wo alles das zusammentraf. Aber das war nicht die berühmte Kuriositäten-Schau auf Schloß Ambras, das ist gerade das Gruselige, hier ist alles echt, alles lebendig, alles wirklich. Was wir hier zu sehen bekommen, sind auch keine von weit entfernt herangeschafften Abnormitäten, sondern, das steigert den Schrecken, die Menschen von hier, denen wir uns anvertraut haben.

Deutschland will Österreich

Die BRD ist eine sich ausdehnende Macht. Mit der Einverleibung der DDR ist ihr Hunger nicht gestillt, nur ihr Appetit gereizt. Die Gier der deutschen Wirtschaft nach Österreich und die aus diesem Grunde von den großen Konzernen draußen gesteuerte (und hier von ihren Mittelsmännern) betriebene EG-Anschlußkampagne haben wir in der vorigen Nummer ausführlich dokumentiert. Nur scheinbar ist durch den Zugriff auf die "deutschen Ostgebiete" der Zugriff auf Österreich weniger wichtig geworden. In Wahrheit war, ist und bleibt unser Land ein Brückenkopf Deutschlands hin zu seinen klassischen Ausdehnungsgebieten.

Wie in allen Ländern der Welt sollen auch in der BRD die in die Politik Geschickten das von der großen Wirtschaft Diktierter durchsetzen. Wer's noch nicht gesehen hat, wo's hingeht, sieht's hier. Wer's hier nicht sieht, braucht einen Augenarzt.



A. Dregger, Fraktionschef der CDU/CSU:

"Österreich kann mit der Unterstützung einflußreicher politischer Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland rechnen."

Kurier, 28.2.1989

H. P. Stihl, Präsident der Industrie:

"Aus wirtschaftlichen Gründen ist ein Beitritt des Alpenlandes ohne Zweifel wünschenswert und überfällig."

Wirtschaftsspiegel (der Deutschen HK in Ö.), 10/89

H. Kohl, Kanzler:

"Es ist in hohem Maße erwünscht, daß Österreich auch in die EG kommt. Aus einer ganzen Summe von Gründen - und es sind legitimer Weise auch deutsche Gründe dabei."

Kurier, 30.4.1989

BASF

I. Kiechle, Landwirtschaftsminister der BRD:
"Bonn wird Österreich jedenfalls nachhaltig unterstützen."

Presse, 4.2.1988



H. Kohl, Kanzler:
"Bin einer, der Österreichs Beitritt mehr wünscht als so mancher in Wien."

Standard, 21.4.1989

BOSCH



O. Wolff von Amerongen, Ehrenpräsident der Industrie:
"Österreich wäre der deutschen Wirtschaft in ihrem Bemühen, die EG im Inneren liberal zu gestalten, ein sehr willkommener Partner."
TT, 31.5.88



Dresdner Bank
Aktiengesellschaft



O. von Habsburg, EG-Parlamentarier der BRD:
"Österreich soll bei EG-Ansuchen nicht trödeln."

Kurier, 3.10.88



MANNESMANN

G. Stoltenberg, Verteidigungsminister:
"Österreich sollte den Antrag stellen."

Vorarlberger Nachrichten, 24.3.89

Henkel

M. Geiger, außenpolitische Sprecherin des CDU/CSU-Parlamentsklubs in Bonn:
"Ich befürworte eine baldige EG-Mitgliedschaft Österreichs."

Kurier, 21.1.90

SIEMENS

H.-D. Genscher, Außenminister der BRD:
"Bonn hat Österreich immer als willkommenes Mitglied der EG betrachtet."

AZ, 22.1.90



O. Franz, EG-Parlamentarier, Vorstands-Vorsitzender von Klöckner:
"Die Republik Österreich sollte Bestandteil der Europäischen Gemeinschaft sein."
Wirtschaftsspiegel (der Deutschen HK in Ö.), 9/87

Allianz



H. Stercken, CDU-Außenpolitiker:

"Es ist ein politisches Interesse, daß die Außengrenze der Gemeinschaft an der österr.-ungarischen und nicht an der deutsch-österreichischen Grenze liegt."
Presse, 8.5.88



Th. Waigel, Finanzminister der BRD:
"Ich unterstütze den Beitrittsantrag ohne Wenn und Aber."

TT, 16.9.1989

Continental

L. Stavenhagen, Staatsminister im Bundeskanzleramt:

"Es muß ausdrücklich gesagt werden, daß Österreich für die Bundesrepublik ein willkommener EG-Partner wäre."
Neue Volkszeitung, 3.9.1988



Ph. von Bismarck, EG-Parlamentarier der BRD:

"Österreich ist ein Land Mitteleuropas und soll in die EG."

Basta, Mai 1989

RWE

F. Schoser, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages in Bonn:
"Aus Sicht der deutschen Wirtschaft gibt es nur Argumente pro."

Kurier, 15.2.89

Hoechst



H. Münzner, VW-Vorstandsmitglied:
"Wir halten die Einbeziehung Österreichs in den gemeinsamen EG-Binnenmarkt für eine wirtschaftliche Notwendigkeit."

Finanzsymposium Alpbach, 6.10.1988



B. Vogel, Ministerpräsident a.D.:

"BRD hat Interesse daran, Österreich so nahe wie möglich an die EG heranzuführen und wenn Österreich das möchte, auch den Beitritt zu befürworten."

Rundschau, 18.8.88

BDF

R. Scholz, Verteidigungsminister a.D.:
"Über den Beitritt Österreichs sollte rasch und positiv entschieden werden."

Die Welt, 5.7.89



H. Kohl, Kanzler:
"Ich bin ein stringenter Anhänger des EG-Beitritts Österreichs. Bei all dem, was wir in der Geschichte gemeinsam haben, sollten sich unsere Wege nicht ohne Not trennen!"

Presse, 8.8.89

Die Sargnägel Österreichs

Deutschland will Österreich wiederhaben - das ist der Hintergrund, vor dem sich der größte Teil der Politik, die in Österreich gemacht wird, abspielt. Über die wirtschaftlichen Ursachen der extremen österreichischen Abhängigkeit oder Anhänglichkeit haben wir im letzten Heft Genauerer gesagt. Als *ein* Ausdruck davon muß die Beherrschung der österreichischen Parteienfinanzierungsmaschine >Industriellenvereinigung< durch bundesdeutsche Konzerne gesehen werden.

Deutschland will Österreich wiederhaben. Natürlich. Und dazupassend gibt es "Österreicher", die es ihr wieder geben wollen! Was kann sich eine um sich greifende Großmacht wie die BRD Schöneres wünschen als solche Zuarbeiter, die ihren *Wunsch nach Angliederung* Österreichs postwendend in Österreich als *Notwendigkeit der Angliederung* unters Volk bringen?

Die schlimmsten Feinde Österreichs sitzen nicht in Bonn oder in Brüssel, sondern in Österreich. Nicht irgendwo in Österreich, sondern ganz oben! Sie sind tausendmal gefährlicher als alle Proksch der Welt. Da ist nicht der Untergang eines Schiffes geplant, sondern der eines Staates!

Was diese EG-Schuschniggs, wie sie im (Geschichts-)Buche stehen, am Österreich-Bewußtsein der Bevölkerung anrichten, ist ein Verbrechen. Man sehe sich an, wie sie, um an ihr Ziel zu kommen, dieses Land, das siebzigstgrößte, aber wirtschaftlich achtundzwanzigststärkste der Welt, eines der zwanzig außenhandelsstärksten Länder der Erde, heruntermachen müssen!

Ihre schäumende europäische Begeisterung entblößt ihre mangelnde Identifizierung mit Österreich und erklärt ihre jahrzehntelange wenig österreichische Politik. (Würden sie sich *für* Österreich einmal halb so ins Zeug legen wie hier *gegen* Österreich, wäre für seine Menschen viel erreicht.)

So wie sie dieses Österreich verunglimpfen, haben sie mit einer freien und unabhängigen Republik, als die sie einmal ausgerufen worden ist, längst abgeschlossen. Ihre Schmähungen sagen, daß sie nicht bereit sind, für ein souveränes Österreich noch einen Finger zu rühren. Die Ausfälle der Österreich-Hasser an der Spitze dieses Staates gegen diesen Staat sind nichts anderes als die In-die-Wege-Leitung der Kapitulation.

Deutschland will Österreich wiederhaben. Das große Geld, das über Deutschlands Grenzen hinausdrängt und über die österreichischen hereindrängt, kann sich glücklich schätzen, für die Besorgung seiner Geschäfte hier solche Männer zu haben.

So frech, so vorlaut, so direkt, so unverblümt wie sie die zwei, drei Jahre jetzt geredet haben, so ungebremst, so unverstellt, so entlarvend, als es um den EG-Anschluß ging, so deutlich wird man das nicht mehr hören.

Wenn wir auch nur das Halbe davon wahrnehmen, bleibt uns das Ganze, das uns droht, erspart.



J. Haider,
FPÖ-Obmann:
 "Nur die EG kann
 verhindern, daß
 Österreich zu einer
 europäischen Bettler-
 republik wird."

FP-Pressedienst,
 25.3.87 (zit. nach
Kurier, 10.5.1989)



H. Klauhs,
Gen.-Dir. der
Gen. Zentralbank:
 "Wir müssen dafür
 sorgen, daß wir keine
 Insel der Unseligen
 werden."

Kurier, 10.6.1988



F. Bock, Vizekanz-
ler a.D.:
 "Es ist so, daß es für
 den, der draußen
 bleibt, in Wirklich-
 keit keine gesicherte
 Zukunft geben kann."

Österr. Zeitschrift für
Politikwissenschaft
 3/89



W. Haslauer,
Landeshauptmann:
 "Salzburg würde
 ohne den Beitritt zur
 EG wirtschaftlich
 verkümmern."

Salzburger Nachrichten,
 25.10.1988



H. Kramer, Wifo:
 "Die Österreicher
 scheinen vor die
 historische Entschei-
 dung gestellt zu wer-
 den ob der Balkan
 östlich des Wiener
 Rennwegs oder be-
 reits einige hundert
 Kilometer westlich
 davon beginnen soll."

Kronen-Z., 7.5.1988



H. Krejci, General-
sekretär der Indu-
striellen-Verein-
gung:
 "Österreich braucht
 Herausforderungen
 von außen, um nicht
 >in der Neutralität zu
 verhungern<".

TT vom 30.3.1987



C. Reissigl, Präsident der Tiroler Handelskammer:

"Eine österreichische Wirtschaft, die im großen europäischen Binnenmarkt eine Außenseiterrolle spielen könnte, hat kaum eine Chance des Überlebens."
TT 10.3.1988



R. Nimmerrichter, Staberl:

"Wenn wir draußen bleiben, dann sind wir eben sofort total pleite."

Kronen-Zeitung, 12.7.1987



A. Khol, NRABg. (ÖVP):

"Auf die Dauer sänke Österreich ohne Mitgliedschaft auf den Status ab, der jenem eines mittelamerikanischen Kleinstaats im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten entspräche."
Presse, 27.3.1987



J. Haider, FPÖ-Obmann:

"Nur eine Vollmitgliedschaft kann verhindern, daß Österreich zu einem Entwicklungsland in Europa wird."

Presse, 21.9.1987



W. Maderthaner, österr. Manager in der BRD:

"Knapp vor einer endgültigen Verelendung Österreichs auf Balkanniveau."

Presse, 15.6.1987



S. Dillersberger, NRABg. (FPO):

"Wenn wir nicht eintreten, wird die österr. Volkswirtschaft so viele Nachteile in Kauf nehmen müssen, daß wir das auf Dauer nicht schaffen."

Wörgler Rundschau, 26.10.88



Ch. Leitl, Junge Industrie:

"Es geht darum, ob wir unser Land langfristig auf das industrialisierte Westeuropa hinbewegen oder in Richtung Balkan."

Berichte und Informationen, 2/1987



H. Androsch, Gen.-Dir. der CA a.D.:

"Besser international leben als österreichisch sterben."

Vortrag Uni Ibk., Oktober 88



M. Scheuch, Chefredakteur AZ:

"Neutrale können sich nicht der Sogkraft eines solchen Wirtschaftsimperiums entziehen, wollen sie nicht zu Armutschekeln 'draussen vor der Tür' herabsinken."

Neue AZ, 26.3.1987



P. Pipal, Landessekretär des Freien Wirtschaftsverbandes Tirol (SPÖ):

"Bei einem Nichtbeitritt bestünde die Gefahr, daß Österreich zum Albanien Europas wird."

TT, 7.11.1988



L. Steiner, NRAbg. (ÖVP):

"Wenn wir keine Verhandlungen führen, beginnen 1993 für bestimmte Wirtschaftszweige die Lichter auszugehen."

Management Club-Veranstaltung in Ibk., 21.11.1988



M. Leeb, Vorstandsvorsitzender der Neusiedler AG:

"In Wirklichkeit ist die einzige Alternative zum Beitritt die größere Armut."

Presse, 13.2.1989



Steirische Handelskammer:
"Rasche Vollmitgliedschaft bei der EG, ansonsten droht eine >Albanisierung der österreichischen Wirtschaft<."

Presse, 13.1.1988

M. Huter, Präsident der Tiroler Industriellen:
"Österreich würde in die Letztklassigkeit der Isolation zurückfallen."

T. Bauernzeitung, 21.7.1988

J. Haider, FPÖ-Obmann:
"Ohne Vollmitgliedschaft bei der EG kann Österreich bestenfalls eine Blinddarmpfunktion im geeinten Europa ausüben."

März 1987, zit. nach Kurier, 28.3.1989



A. Mock:
"Wenn wir den EG-Beitritt nicht schaffen, würde dieses Land wie schon einmal zwischen den beiden Weltkriegen zu einem Schwachpunkt auf der europäischen Karte werden."
Standard, 20.12.88

H. Kleiss, Raiffeisen-Generalsekretär:
"Ohne Beitritt würde Österreich in Europa in eine Art wirtschaftlichen Exotenstatus, der tödlich sein könnte, hineinschlittern."

Neue Tiroler Zeitung, 15.3.1988

R. Graf, Wirtschaftsminister:
"Im Falle eines Nichtbeitritts würde Österreich ein ausgesprochen bejammerenswertes Bild bieten."

ORF-Mittagsjournal, 4.7.1988

Der Vergleich macht Sie sicher

Vieles von dem, was die da Zitierten und eine schmutzige Hand voll weiterer Anschluß-Politiker gegen die Eigenständigkeit Österreichs vorbringen, sind altbewährte, kampferprobte Schlagworte der deutsch-nationalen Propaganda. Drei Aussagen von Anti-Österreichern unserer Zeit seien hier drei Aussagen aus der Rumpelkammer der Geschichte gegenübergestellt.

"Die Überwindung nationalstaatlicher Souveränitätsillusionen ist zu einem Gebot der Stunde geworden."

H. Androsch, CA-Gen-Dir.
Vortrag auf der Universität Innsbruck, Okt. 1987

"Für mich ist die Teilnahme Österreichs am Prozeß der wirtschaftlichen Integration Europas die einzige Alternative zu einem Absinken der österreichischen Wirtschaft in eine Brackwasserwirtschaft, wie ich das nennen möchte, die vom Fluß der internationalen Entwicklung abgeschnitten wird und in Gefahr gerät, abgestandener Rest Europas zu werden."

H. Haumer, Gen.-Dir. der Ersten österreichischen Sparkasse
Ö 1, Journal Panorama, 28.3.87

"Die österreichische Nation ist eine ideologische Mißgeburt."

J. Haider, FPÖ-Partei-Obmann
ORF-Inlandsreport, August 1988

"Was kann das für eine Selbständigkeit sein, die sechs Millionen in dieser Welt zu respektieren haben? Was gibt das für eine Souveränität, die sechs Millionen umfaßt?"

A. Hitler,
Rede 1938 in Königsberg, nach der Annexion Österreichs

"Während Österreich im Brackwasser der Weltgeschichte dahinsiecht, wird täglich deutlicher das Schicksal Deutschlands zum Schicksal der Welt. (...) bis zu dem Tag (...), an dem dieses Land (gemeint ist Österreich) selbst seine einzig mögliche europäische Bestimmung vollendet, indem es in Deutschland aufgeht."

G. Stolper (1888-1947), österr. Journalist; übersiedelt 1925 ins Deutsche Reich und wird Reichstagsabgeordneter der (rechten) Deutschen Volkspartei
Österr. Volkswirt, 3.10.1925

"Etwas östlich von uns ist ein sogenannter deutscher Nachbar, Österreich, eine Mißgeburt von 6 Millionen Menschen. Davon entfällt 1/3 auf die Hauptstadt Wien. Das ist ein fauler Brutofen von Bastarden, die dort jährlich erzeugt werden. Minderwertig in jeder Hinsicht."

A. Hitler,
Rede vom 26.3.1927 in Ansbach

Woher haben sie das? Schreiben *die* das einfach ab? Plappern *die* einfach nach, was sie irgendwo gehört haben? Oder führt die gleiche Einstellung Österreich gegenüber zu den gleichen Worten?

Die Vorläufer in der Geschichte

Wie in der deutschen Geschichte der Wille zur Unterwerfung Österreichs Geschichte hat, so hat in der österreichischen Geschichte der Wille zur Unterwürfigkeit unter Deutschland Geschichte. Die Gier der deutschen Wirtschaft nach Österreich in diesem Jahrhundert haben wir im letzten Heft breit dokumentiert. Hier geht es ums entsprechende Gegenstück, die hundertjährige Feilbietung Österreichs, die zum deutschen Anspruch gehört wie das Echo zum Schall.

Die "Argumente" von damals gleichen hüben wie drüben denen von heute aufs Haar. Die Anlehnung an Deutschland hat Österreich in einen 1. Weltkrieg und hat Österreich in einen 2. Weltkrieg geführt. Unsere Eltern und Großeltern waren dabei aber genauso wenig die Opfer des deutschen Kaisers und Hitlers, sondern des österreichischen Kaisers und Schuschnigg's, wie wir heute nicht die Opfer Brüssels oder Bonns sind.

Schon vor hundert Jahren schrieben ausländische Zeitungen über die österreichische Politik:

"Es kann dem Kaiser von Österreich nicht entgangen sein, daß das einst so mächtige Wiener Kabinett zur Berliner Filiale geworden, daß die österreichische Armee von dem preußischen Generalstab dirigiert wird; daß die Berliner officiösen Blätter Einfluß auf die inneren Angelegenheiten Österreichs ausüben wollen und daß aus den höchsten politischen Sphären in Berlin den österreichischen Staatsmännern in demonstrativer Weise bald eine Anerkennung, bald ein Tadel zu erkennen gegeben wird."
(Friedrich Heer, Der Kampf um die österreichische Identität, S. 254)

Mit fast denselben Worten kann man die heutige österreichische Politik, die in vielem ein bloßer Reflex auf deutsche ist, beschreiben. (Noch 1990 haben wir einen Offizier der Deutschen Wehrmacht als obersten Befehlshaber des österreichischen Bundesheeres.)

Unser kleiner Stammbaum der österreichischen Österreich-Feinde zeigt, wie reich unsere Geschichte an Krejcis und Mocks immer schon war:

1862: Kaiser Franz Joseph: "Ich bin vor allem Österreicher, aber entschieden deutsch und wünsche den innigsten Anschluß Österreichs an Deutschland."

1887: Kaiser Franz Joseph: "Ich betrachte die genaueste Verständigung und das engste Zusammengehen mit Deutschland in allen politischen und militärischen Fragen als den Leitstern unserer Politik."

Friedrich Heer bezeichnet Kaiser Franz Joseph als den "Erzvater des Anschlusses Österreichs an Deutschland" und der deutsche Historiker Golo Mann sagt über das alte Österreich: "Die Monarchie war seit 1866, seit 1871 ein Gefangener Deutschlands."

Weiter. Nach der Kaiserzeit kommt die Republik. Nach dem großen Österreich das kleine:

1919: O. Bauer, Außenminister (SPÖ): "Kommt der Anschluß nicht zustande, so wird Österreich ein armseliger Bauernstaat, in dem Politik zu machen vielleicht der Mühe nicht wert sein wird."

Monatszeitung, Februar 1990

1919: Fr. Austerlitz, Chefredakteur der Arbeiter-Zeitung und Abgeordneter der SPÖ: "Selbständigkeit vor der deutschen Mutternation wäre nur ein Hohn auf dieses Wort, ein lächerlicher Spott".

Fr. Heer, S. 339

1925: I. Seipel, Bundeskanzler: "Das österreichische Volk hat deshalb die ihm aufgezwungene Selbständigkeit niemals als Freiheit empfunden und sein Vertrauen unerschütterlich darauf gesetzt, daß sich früher oder später die politische und ökonomische Vernunft durchsetzen werde."

"Europäische Revue", Dezember 1925



Plakat der Tiroler Handelskammer 1988:

"... Wer nicht dabei ist, wird es schwerer haben. Als Ausgesperrte wären wir wohl kaum lebensfähig."

Vollversammlung der Tiroler Handelskammer 1925:

"Im Anschlusse erklärt KR Herold, daß zur endgültigen Sanierung des tirolischen Wirtschaftslebens der Anschluß an ein größeres Wirtschaftsgebiet unerlässlich sei; er schlägt deshalb unter allgemeiner Zustimmung vor, den Wunsch nach Zusammenschluß mit Deutschland der im Herbst ds. Js. neu zu wählenden Kammer als Vermächtnis zu hinterlassen."

(Auszug aus dem Protokoll vom 31. Juli 1925)

1926: K. Renner, Abgeordneter der SPÖ: "Der Anschluß an Deutschland ist eine ökonomische Notwendigkeit, Österreich kann sich nicht tibetanisieren lassen!"

H. Molt, "Wie ein Klotz inmitten Europas", S. 22

1928: K. Renner, Abgeordneter der SPÖ: "Die besondere Nation des Österreichers, wirtschaftlich, politisch und kulturell gesehen, ist eine Illusion und eine traurige dazu."

F. Heer, S. 337

Und so weiter. 1930 hieß ein Wahlkampf-Slogan der SPÖ: "Wer den Anschluß will, der wählt sozialdemokratisch." Und der Heimwehrchef, Innenminister und spätere Vizekanzler Starhemberg bezeichnete 1930 die Schaffung von Großdeutschland als Ziel und lehnte die Existenz eines unabhängigen Österreich als "Ungeheuerlichkeit" ab. Beispiele aus der Zeit des faschistischen Österreich, das von seinen Führern gerne Deutsch-Österreich genannt wurde, können wir uns sparen. Im Guido-Schmidt-Prozeß, der 1947 gegen den ehemaligen engsten Mitarbeiter Schuschnigg, den seinerzeitigen Staatssekretär und Außenminister (1936-1938) wegen Hochverrates geführt wurde, charakterisierte der Staatsanwalt in seiner Anklage die maßgeblichen Männer jener Zeit so:

"Es war nur eine ganz kleine, ganz dünne Schicht in unserem Volk, aber diese Schicht war einflußreich, sie umfaßte vor allem Personen, die in wirtschaftlich wichtigen Schlüsselpositionen saßen. Diese Leute waren nicht nur Nichtösterreicher, sie waren weit mehr, sie waren die Totengräber Österreichs."

Dieser ständige Kampf von oben gegen ein selbständiges Österreich war 1945 zugleich mit dem neuen Österreich wieder da. Er wird ohne Unterlaß gekämpft, von der unmittelbaren Nachkriegszeit an, wo sich die führenden SPÖ- und ÖVP-Politiker (heute historisch belegt) massiv gegen eine Neutralität zur Wehr setzten und die Übergabe österreichischen Eigentums an ausländische Konzerne betrieben, bis heute, wo das Komplizement mit Deutschland zu neuer Höchstform aufläuft.

Nie, in der Kaiserzeit nicht, in der Ersten Republik nicht, in der Zeit der faschistischen Diktatur schon gar nicht und in der Zweiten Republik wieder nicht, wurde Österreich selbständig regiert. Sogar über Bruno Kreisky hieß es einmal:

"Regelmäßig telefoniert der deutsche Regierungschef (Schmidt) mit Österreichs Bundeskanzler Bruno Kreisky, der seinen Bonner Vertrauten vor jeder wichtigen innen- und wirtschaftspolitischen Entscheidung konsultiert. Ein Beamter aus dem (deutschen) Auswärtigen Amt: >Kreisky regiert Österreich innenpolitisch wie ein deutscher Ministerpräsident sein Bundesland.<" (Spiegel, 30.4.1973)

Wir werden betrogen solange wir uns betrügen lassen Am Beispiel "Transitverkehr"

Es ist schwierig, noch darüber zu schreiben. Wir können es alle nicht mehr hören, dieses Wort. Es ist alles gesagt worden - und kein Wort wahr gewesen.

Jemand, der anhebt mit "Der Transitverkehr ...", kann sich gleich den ganzen Satz behalten. Wer dieses Wort verwendet für die Tonnen reinen Giftes, die in dieses Land gespritzt werden, ist ein Vertuscher. Wer sagt, die Wipptaler leiden unter dem Transitverkehr, macht sich lustig über sie. Sie werden vertilgt, systematisch vertilgt. "Transitverkehr", das ist denen ihr Wort, die ihn verursachen. Nicht unsers. Es hat nichts von EG-Terror, nichts von Lärm, Gestank, Gift, Dreck. Wenn man ihnen nachplappert: "Transitverkehr", dann haben die, die Millionen damit machen, schon einen großen Vorsprung. Für die Grieser und die Kufsteiner, für die Schönberger und die Vomper ist das nicht "Transitverkehr", sondern Dreck, Dreck, Dreck, Krawall, Krawall, Gift, Gift, Gift.

1000 Kilo Stickoxid auf dem Papier stinken nicht. Aber im Unterinntal und im Wipptal, wohin sie jede Stunde, vierundzwanzigmal am Tag, hingefurzt werden, stinken sie!

Die 10.000 Tonnen Kohlenmonoxid, die in der Zeitung stehen, sind nicht giftig. Aber die im Unterinntal und im Wipptal, wohin sie Jahr für Jahr gekippt werden, sind giftig.

Hier geht es darum, *zu zeigen*, nicht: irgendwie dunkel anzudeuten, *zu zeigen*, daß wir die "unsrigen" gegen uns haben. So schlimm es ist, so gut ist es, das zur Kenntnis zu nehmen.

Was hier ausgebreitet wird, sind nicht Ausrutscher, Versprecher, Schnitzer, im Gegenteil: feste Vorsätze. Es hat sie der Landeshauptmann und der Minister, der von der großen Wirtschaft gezahlte Journalist und der Kammerfunktionär, der Industrielle und der Bankdirektor, der SPÖ-Angestellte und der ÖVP-Angestellte. Das sind alles keine Entgleisungen - ihr Zug will dorthin.

Es hat keinen Sinn, die Politiker und die anderen dem großen Geld dienenden Herren darauf aufmerksam zu machen, daß diese Politik im Gegensatz steht zu ihren Grundsätzen und unseren Interessen. Sie wissen das auch ohne unsere Erklärungen gut genug.

Das ist die hohe Kunst des Verrats: Dem, was man gegen sein Land tut, den Anschein zu geben, man tue es für sein Land. Als müßte die EG, die Österreich unbedingt haben will, erst durch eine Zugabe dazu gebracht werden, es zu wollen.

Daß die EG Österreich als Verkehrsfläche haben möchte, ist vielleicht schlimm. Daß wir solches Gesindel haben, das Österreich der EG als Verkehrsfläche geben möchte, das ist der Punkt.

Wir sind eine Trumpfkarte

Wir dürfen nicht in einem fort gebannt auf die Köpfe schauen. Ob zweite oder dritte Zähne, ob der Scheitel links sitzt oder rechts oder breit in der Mitte. Köpfe werden in Pension geschickt, Typen bleiben. Es geht um den Typus, den dieses Machtsystem ohne Unterlaß in stets gleichbleibender Qualität hervorbringt.

Das ist gerade die Masche der Macht: Uns meinen zu machen, der Junge mit dem Propeller wäre ein anderer, und der im Lacoste-Hemdchen ein noch viel anderer. Um die Frisur geht es nicht. Nach dem Glatzkopfigen kommt ein Blondgefärbter, der haargenau das gleiche sagt. Dieses Spiel sollten wir mit uns nicht spielen lassen. Köpfe werden, wenn sie sich im Kampf gegen die Interessen des Volkes verbraucht haben, ruckzuck ausgetauscht.

Es geht um den Kopf dieses Systems, der immer gegen uns spricht, wie sein jeweiliger kurzfristiger Sprecher auch gerade aussehen mag.

Motto:

*"Es ist unmöglich, sich nicht zu verraten -
außer man macht den Mund nie auf!*

Die Sprache ist eine grausame Verräterin!

Hercule Poirot

(Agathe Christie)



**H. Neisser, Kanzler-
amtsminister:**

"Der Transitverkehr durch Österreich ist für die anderen Länder wichtig. Daher stehen wir nicht mit leeren Händen vor der EG da."

*Neue Vorarlberger
Tageszeitung,
3.12.88*



**Vereinigung Öster-
reichischer Indu-
strieller:**

"Auf dem Gebiet der Verkehrspolitik hat Österreich ein gewichtiges Faustpfand für Verhandlungen in der Hand."

Industrie, 10.2.1988



**J. Tschbull, Lohn-
schreiber:**

"Österreich hat gegenüber der EG nur eine Trumpfkarte in der Hand: Es erschwert den freien Güterstrom zwischen Italien und den übrigen EG-Ländern. Die Transitposition sichert uns eine wohlwollendere Aufnahmebereitschaft."
Profil, 20. Juli 1987



Creditanstalt:

"Wir sollten jetzt nicht bescheiden sein. Unsere Mitgift für die Europäische Gemeinschaft kann sich sehen lassen. Rund 15 Millionen Tonnen Waren rollen jährlich im EG-internen Verkehr auf den Straßen durch unser Land."

EG-Werbe-Kampagne der CA, 1987



G. Possanner, Lohnschreiber:

"Nord-Süd-Transitverkehr, die Tiroler Landplage, (...). Österreich muß diese Trumpfkarte in seinen Verhandlungen mit der EG ausnützen."

Standard 24.10.88



H. Hartung, Österr. Industriellenvereinigung (Brüssel):

"Wir haben einige sehr positive Faktoren in die Gemeinschaft einzubringen: Der Binnenmarkt könnte praktisch ohne eine befriedigende Lösung der Transitfrage nicht vollendet werden."

Freie Argumente, 1/89



J. Riegler, Vizekanzler:

"Wir haben Europa viel Positives zu bieten - eine blühende Wirtschaft, unsere Stabilität, eine weit zurückreichende Tradition europäischer Kultur, eine zentrale Position im europäischen Verkehr und die immerwährende Neutralität (...)."

Plus 5/6 1989



L. Steiner, NRAbg. der ÖVP:

"Die EG muß an der Integration Österreichs stark interessiert sein. Österreich ist ein unersetzbarer Faktor für den EG-internen und gesamteuropäischen Transit."

TT, 13.10.1987



Ph. Schoeller, Industrie (BWK):

"Österreich hat keine schwache Verhandlungsposition, es kann auf namhafte Vorteile hinweisen, etwa die Transitfunktion. Ein Verständnis Österreichs für die Transitinteressen der EG muß jedenfalls honoriert werden."

West-Ost-Journal, 4/87



R. Graf, Wirtschaftsminister:

"Wir haben auch etwas zu bieten. Ich denke da an die Funktion unseres Landes als Verkehrsträger für die EG. Die EG hat immer wieder Wünsche wie beispielsweise hinsichtlich der zulässigen Gewichts- und Grösenslimits für Lkw."
Presse, 2.2.1987



A. Fieber, Lohnschreiber:

"Österreich spielt bei den Plänen für den Binnenmarkt für Deutschland und Italien eine große Rolle: Dieser Umstand ist bestimmt eine Trumpfkarte in den kommenden Verhandlungen, die aktive Teilnahme Österreichs ein Muß."
Presse, 12.2.1988



O. Klausner, Pressesprecher der Tiroler Frächter:

"Die 100-prozentige Transitfreiheit wird unser Eintrittspreis in die EWG sein."

Brennpunkt, 2.4.87



S. Hausberger, österr. Botschafter in Brüssel:

"Es besteht starkes Interesse der EG an Österreich. Der Verhandlungstrumpf sind die Transitwege."

TT, 10.10.89



A. Derfler, Bauernbundspräsident:

"Das Transitproblem in Westösterreich hat dazu geführt, daß sich die österreichische Verhandlungsposition maßgeblich verbessert hat."

Rede im Februar 1988, Manuskript



H. Androsch, Gen.-Dir. der CA:

"Österreich hat der EG auch etwas zu bieten. Immerhin gehen 5,6 % der gesamten EG-Exporte nach Österreich. Insbesondere aber erbringt Österreich Transitverkehrsleistungen, die überwiegend der EG zugute kommen."
Vortrag Uni Ibk., Oktober 1987



F. König, ÖVP-Klubobmann:

"Zur EG gibt es für Österreich trotz des steinigen Weges dorthin keine Alternative. Umgekehrt kann es aber auch für die EG ohne Österreich - vor allem im Transit von Kufstein zum Brenner - keinen Binnenmarkt in Europa geben."

Presse, 12.8.1988



F. Marsch, Zentralsekretär der SPÖ:

"Der Transitverkehr ist ein Faktum, das der EG zeigt, was sie an Österreich hat. Deshalb muß gerade dieser Punkt bei den Bemühungen um eine Annäherung - allerdings nicht als Drohung - auf die Waagschale geworfen werden."

TT, 30.3.1987



A. Mock, Außenminister:

"Im übrigen ist Österreich als ein wichtiges europäisches Transitland von besonderem Interesse für die EG."

(Auf die Frage der "Furche": "Was hat Österreich einzubringen, um in Brüssel nicht als Bittsteller dazustehen?")

Furche, 13.2.1987



G. Wailand, Lohnschreiber:

"Als Trumpfkarte hat Österreich in den Gesprächen die umstrittene Transitfrage einzubringen. Ein vereintes Westeuropa ohne Österreich wäre verkehrspolitisch ein mißglücktes Unterfangen."

Der Rotarier, 9/1988



A. Khol, NRAbg. der ÖVP:

"Wir treten nicht als lästiger Bittsteller auf, sondern haben auch unser Kapital einzubringen. Eine europäische Verkehrspolitik ist ohne die aktive österreichische Mitarbeit ganz einfach nicht denkbar."

*Dezember 1985
im österr. Parlament*



Usw.

Kniefall vor der EG

Solange wir auf Aussagen wie diese schauen wie auf Ungeheuerlichkeiten und sie nicht als das ganz Normale begreifen, haben wir keine Chance. Was die "Transitpolitik" allen klar macht, ist, daß hier nicht das Volk herrscht, sondern daß wir die sind, über die geherrscht wird. Daß unter der Überschrift *Demokratie* ganz klar Interessen gegen das Volk vertreten werden.

In Tirol hat die Tiroler Bevölkerung die Mehrheit. Das größte Martyrium der Tirolerinnen und Tiroler ist "der Transit". Trotzdem wird er nicht abgestellt. Zum Teufel mit dieser Demokratie. Mit dieser Demokratie geheißenen Nicht-Demokratie.

Es muß endlich einmal gesagt werden, daß "das Transitproblem" in diesem System, wo nicht die Bedürfnisse der Mehrheit der Maßstab sind, einfach nicht zu lösen ist. So weh das tut.

Es ist nichts als Zeitvergeudung, Politikern Briefe zu schreiben oder Resolutionen zu überreichen. Daß sich ihre Politik gegen uns richtet, ist ihnen nicht neu. Jede Bürgerinitiative, die von einem Politiker noch die Lösung eines Problems fordert, ist für ihn - und für die er steht - ein Geschenk des Himmels.

Weil wir eine vom Geld beherrschte Demokratie haben, müssen viele Menschen in Tirol früher sterben. Das Lungenkrebsrisiko ist nicht auf dem Papier um vierzig Prozent höher, sondern im Wipptal und im Unterinntal.

Wir dürfen keinen Augenblick lang vergessen, daß sie uns wieder verkaufen - mit Haut und Haar!

Natürlich will die deutsche Wirtschaft "für eine Übergangszeit von 20 Jahren ungeschmälerzte Durchfahrtsrechte" (*TT*, 15.3.89), natürlich wollen italienische Unternehmer den Plöckentunnel, natürlich drohen sie - das ist die ihnen gemäße Umgangsform - mit "unabsehbaren Rückwirkungen für die österreichische Wirtschaft, die auch der österreichischen Bevölkerung zur Last würden" (der bayerische Innenminister im *ORF Tirol, Mittagslandesrundschau*, 12.10.88), natürlich versuchen sie, die die Gier nach Österreich fast auffrißt, die Regierung mit der Nichtaufnahme in die EG zu schrecken, in die die Mehrheit der Österreicher und Österreicherinnen nie aufgenommen werden möchte.

Aber sie haben nur eine Chance, weil sie hier solche Knechte haben.

Lassen wir uns von vielen, die vorgeben, es ganz genau zu wissen, nicht falsch orientieren: Unsere Gegner finden wir nicht irgendwo im fernen Brüssel, sondern hier, in unserem Lande, zum Greifen nahe.

Denn: Den "Transitverkehr" beschert uns nicht die EG, sondern "unsere Regierung"!

Die Buckelemacher

"Wir haben der EG im Inntal eine Autobahn hingebaut, die wir selbst nicht brauchen, und jetzt schenken wir ihr auch noch eine milliardenteure Eisenbahn, die wir ebenfalls nicht brauchen."

E. Schaller, Leiter der Verkehrspolitischen Abteilung der Bundeswirtschaftskammer
(Presse, 9.4.86)

A. Mock, Außenminister:

"Eine fortgesetzte Ablehnung des Plöckenstraßentunnels ist schon im Lichte unserer jüngsten Integrationsbemühungen nicht förderlich."

Wt. Zeitung, 20.1.88

O. Keimel, NRBg. der ÖVP:

"An Krieg mit der EG, da sein mir uns wohl alle einig, daß mir uns den nit leischtn können."

ORF Tirol, 19.11.86

A. Partl, LH:

"Wir wollen keinen Verkehrskrieg mit der EG, von der wir zugleich Finanzierungsmittel für die neue Bahn wollen, vom Zaun brechen und wollen uns deshalb einen Verhandlungsspielraum offenlassen."
Kurier, 18.11.88

E. Fröhbauer, LHStv. (Kärnten):

"Ich bin für den Bau der zweiten Röhren für Tauern- und Katschbergstunnel. Es ist schizophoren, den Beitritt zur EG anzustreben und zugleich den EG-Transitverkehr zu verhindern."

Presse, 18.7.88

G. Bielowski, T. Handelskammer:

"Eine Autobahnmaut würde Westösterreichs starke Beziehungen zu Bayern verschlechtern, und das ausgerechnet jetzt, da Österreich sich um einen EG-Beitritt bemüht."

TT, 16.4.87

H. Mader, LAbg. der ÖVP:

"Außerdem, eine Annäherung an die EG verträgt sich schon gar nicht mit einer Maßnahme wie das Nachtfahrverbot."

Lebensraum Tirol, Dez. 1987

Oö. Industriellenvereinigung:

"Ein EG-Beitritt erfordert die Schaffung einer 'europäischen Infrastruktur'. Dazu zählt die Phyrn-Autobahn als eine der wichtigsten Verkehrsverbindungen im europäischen Verkehrskonzept."
Industrie, 9.3.88

Bundeswirtschaftskammer, Sektion Verkehr:

"Einführung einer Autobahnmaut könnte Auswirkungen auf das österreichische Interesse, sein Verhältnis zur EG enger zu gestalten, haben."

Tirols Wirtschaft, 11.4.87

Tiroler Frächter:

"Die (Tiroler) Transportunternehmer fürchten im Fall der Einführung des zwangsweisen Tankens in Österreich Verärgerung in den Nachbarstaaten, was den EG-Bemühungen Österreichs nicht gut täte."
TT, 29.7.87

E. Malina-Altzinger,
Präs. der öö.

Industriellen:

"Die Pyhrnautobahn stellt die direkte Verbindung im EG-Zentralraum dar. Diese in Österreich zu unterbrechen, wäre wohl alles andere als >europareif<."

Industrie, 3.6.87

H. Kremser,
T. Handelskammer:

"Wir können uns einfach nicht auf einen Verkehrskrieg mit der EG einlassen."

*Veranstaltung am
Grillhof, 1.7.88*

A. Partl, LH:

"Wenn wir vor Beginn der Verhandlungen mit der EG die eine Tür zu knallen bei uns und bei der anderen anknöpfen, haben wir die Verhandlungen der Bundesregierung nicht erleichtert."

Der Straßengüterverkehr, 12/1987

E. Schaller,
Verkehrspolit. Abt.
der BWK:

"Österreich wäre gut beraten, wegen der Erhöhung des Gesamtgewichtslimits um 2 Tonnen nicht das Verhältnis zur EG zu belasten."

*Wirtschaftspolitische
Blätter 3/87*

G. Stix, Nationalratspräsident:

"In diesem Fall (Beschränkungen im Transitverkehr) wird uns die EG den Wirtschaftskrieg erklären, und das halten wir nicht aus!"

*Lebensraum Tirol,
April 1988*

Usw.

Sie verarschen uns

Was wir beispielhaft beim "Transit" erleben, ist ein Ergebnis davon, daß wir uns wieder haben regieren lassen, daß wir uns diese Arbeit auch 1945 - nach den bittersten Erfahrungen - wieder haben abnehmen lassen.

Die Regierung vergiftet uns die Böden. Die Luft, die wir zum Atmen brauchen. Bringt den Wald um, der uns schützt.

Die eigene Regierung spritzt 80 Tonnen Giftstoffe pro Tag ins Unterinntal und ins Wipptal.

Man muß es sich vorstellen: Die eigene Führung, die von uns hochbezahlte, fällt mit einem Dreifachen jener Ozonkonzentration, die bereits krankmachend ist, über uns her. Bundesregierung und Landesregierung vergiften systematisch "ihr eigenes Volk" mit Cadmium, von dem es täglich dreißigmal soviel aufnehmen muß wie es ausscheiden kann.

In dreißig Jahren, vielleicht schon in zehn oder acht, werden es Menschen in diesem Lande nicht mehr verstehen, was wir uns haben bieten lassen von den "eigenen Leuten", welch unerträgliche politischen Zustände wir erduldet haben!

In Wahrheit hat Österreich kein "Transitproblem" (so wie Österreich auch kein Neutralitätsproblem hat). Mit dem "Transit" durch Österreich hat die EG ihr Problem (wie sie auch mit der österreichischen Neutralität ihr

Problem hat). Es wird uns das Wort im Halse umgedreht: Wir wollen nicht "mehr Transit auf der Schiene", sondern *weniger* "Transit"! Wir wollen, daß dieser Terror abgestellt wird - an den Grenzen. Nicht ein "Flüster"-Teppich ausgerollt wird um 600 Millionen Schilling von unserem Geld. Wir wollen eine neue Verkehrspolitik, nicht neue Tunnel. Wir werden verarscht!

Den vom großen Geld aufgeblasenen Medien (Werbeeinnahmen der TT pro Samstag: ca. 1,5 Millionen öS, einer durchschnittlichen Profil-Ausgabe: ca. 3 Millionen öS) fällt die Aufgabe zu, den Eindruck zu erzeugen, daß etwas gegen den "Transitverkehr" getan werde. Die Wahrheit ist: Die Brenner-Autobahn wird auf sechs Spuren ausgebaut. Die Wahrheit ist: Die Brenner-Autobahn bekommt mit der Autobahn im Oberinntal einen neuen Zubringer. Die Wahrheit ist: Der Fernpaß wird ständig ausgebaut, die Umfahrung von Nassereith ist beschlossen, der Tschirgantunnel wird eingefordert. Usw.

Die "Transitpolitik" ist für die Tiroler der zweite Bildungsweg

Obwohl sie schon die ganzen Jahre "das Transitproblem lösen", ist "der Transitverkehr" in den vergangenen zehn Jahren um 74 % gestiegen. Sie haben, wie man sieht, das Problem der Frächter und der EG gelöst, nicht das der Bevölkerung. Der Landeshauptmannstellvertreter Fili hat zwar schon 1981 davon gesprochen, es sei "die Belastbarkeitsgrenze erreicht" (TT, 23.10.81), hat aber eifrig an der weiteren Belastung mitgearbeitet. Der Außenminister Gratz hat vor vier Jahren kundgetan: "Eine weitere Zunahme des Lkw-Verkehrs auf Tirols Straßen ist sicher nicht mehr zumutbar." (AZ, 12.3.86), und hat ihr ganz selbstverständlich eine weitere Zunahme zugemutet. Der Verkehrsminister Streicher hat schon 1987 geheuchelt: "Die Belastung ist nicht mehr erträglich" (TT, 29.5.87) und hat sie fleißig weiter gesteigert. Der Außenminister Mock, der vorher und nachher keinen Handstreich gegen diese Qualen getan hat, hat vor drei Jahren gesagt: "Die Grenze des Zumutbaren für die an den Hauptdurchzugsstraßen lebende Bevölkerung ist erreicht" (FAZ, 20.3.87), und hat nichts anderes gedacht, als daß eben die Grenze noch nicht erreicht sei. Der Landesverkehrsreferent Tanzer, der zu uns sagt: "In Tirol sind die Grenzen der Belastung bereits überschritten." (Kurier, 14.2.89), meint nichts anderes, als daß sie noch weit entfernt seien. Und der Landesrat Kranewitter, der im Wahlkampf meinte, sagen zu müssen: "Entlang der Hauptverkehrsstrecken ist die Zumutbarkeitsgrenze für Mensch und Umwelt bereits überschritten." (Kurier, 11.1.89), ist in Wahrheit auch der Überzeugung, daß diese Zumutbarkeitsgrenze für Mensch und Umwelt noch lange nicht überschritten sein werde.

Die Regierung erklärt sich für uns - und arbeitet gegen uns. Das ist schrecklich. Noch schrecklicher ist, wenn wir uns dieser Erkenntnis verschließen.

Der Landeshauptmann hat gelobt, *"dem Land Tirol zu dienen und seinem Volke ..."*. Das ist ein Witz. Das ist ein Gelübde für ein Faschingsblatt. Dieses Land wird systematisch zugrunde gerichtet. 1989 fuhrten zigtausende Lkws mehr durch Tirol als 1988, wo zigtausende mehr fuhrten als im Jahre 1987, wo zigtausende Lkws mehr durch Tirol fuhrten als 1986 usw.

Partl: "Die Auswirkungen des Transitverkehrs haben in Tirol die Grenzen der Belastbarkeit erreicht bzw. überschritten." (*NTZ*, 6.3.87)

Partl: "Die Auswirkungen sind für Tirol und seine Menschen in der gegenwärtigen Form auf Dauer unzumutbar." (*TT*, 7.3.87)

Partl: "80 Prozent des österreichischen Transitverkehrs geht durch Tirol, da ist die Grenze der Zumutbarkeit überschritten." (*Kurier*, 15.3.87)

Partl: "Grenze der Belastbarkeit für Mensch und Natur in Tirol ist überschritten" (*TT*, 26.8.87)

Partl: "Die Grenze der Zumutbarkeit im internationalen Verkehr ist erreicht." (*TT*, 7.10.88)

Partl: "Die Zumutbarkeit des Verkehrs für die Bevölkerung hat ihre Grenze erreicht." (*TT*, 18.2.89)

Partl: "Die Belastung der Bevölkerung und Umwelt entlang der Transitrouten haben ein Ausmaß erreicht, das über die Grenzen der Zumutbarkeit hinausgeht." (*Tiroler Nachrichten*, ÖVP Tirol, Juni 89)

Kann jeder fortsetzen, bis der Landeshauptmann für ihn *"die Grenze der Zumutbarkeit"* erreicht hat.

Und während er all dies heruntergequatscht hat, ist "der Transitverkehr" in Tirol unaufhörlich gestiegen, ein ums andre Jahr. Der Landeshauptmann sagt *"unzumutbar"* und mutet uns im selben Jahr 80.000 schwere Lkws mehr zu. Er sagt *"erreicht"* und läßt im selben Jahr eine Million Tonnen Güter zusätzlich durch Tirol. Er sagt *"bereits überschritten"* und erlaubt im selben Jahr fünf Prozent mehr "Transitfahrten".

Der Landeshauptmann ist eine Karikatur auf einen Volksvertreter.

Auch das "Transitproblem" ist in Wahrheit ein ganz ein anderes. Für den, der das erkennt, ist es schließlich gar nicht mehr lustig über Tempo 80/100 zu diskutieren. Wenn man die Sache recht besehen, ist "der Transitverkehr" ein Schulbeispiel dafür, wie Politik gemacht wird in Österreich, von wem, für wen - und für wen nicht.

Nicht gegen die Lkws müssen wir uns wenden, nicht gegen die von den Besitzern der Lkws quer durch Europa gehetzten Fahrer, sondern gegen die Demokratie-Attrappe im Staate.

Vom "Transitverkehrs-Problem" können wir uns nur befreien, wenn wir uns von diesem System befreien können, das uns endlos Regierungen beschert, die uns z.B. diesen Terror aufbürden. Diese Regierungsform ist

ein Hindernis für die Lösung "des Transitproblems". Mehr: Diese Regierungsform ist eine Regierungsform zur Verhinderung der Lösung des "Transitproblems".

EG heißt Transit bis zur Vergasung

Wir werden angesmiert mit Dreck, mit Dieselruß, mit Gift. Und wir werden angesmiert von den hörigen Zeitungen, von oben bis unten. Im Folgenden eine Gegenüberstellung: In der linken Spalte das, *was uns die Regierenden*, die uns in den Anschluß an die EG hineintreiben wollen, *sagen*, daß er uns beim Transitverkehr bringen wird. In der rechten Spalte das, *was er uns bringen wird*. Sie können beides lesen oder nur das eine oder nur das andere, je nachdem. Als besonderes Service bringen wir für jeden etwas, für den Träumer und für den Realisten.

*"Wer die Wahrheit nicht weiß, ist vielleicht ein Dummkopf.
Wer sie aber weiß und sie eine Lüge nennt
ist ein Verbrecher."*

Bertolt Brecht

Propaganda

Was machen sie doch in ihrer Not für klägliche Versuche, uns über den wahren Sachverhalt (siehe rechte Spalte) hinwegzutäuschen! Jämmerlich. Da ist nichts zu plump und nichts zu platt.

Es versucht es die ÖVP mit dem Schmäh:

"Ein Aufnahmeantrag würde auch Österreichs Position bei konkreten Verhandlungen, zum Beispiel des Transitverkehrs, verbessern. Da werden wir ja gleich ganz anders behandelt."

A. Mock,
Kurier, 12.12.88

Es versucht es die SPÖ mit dem Schmäh:

"Zuversichtlich, daß sich einige brisante Probleme - etwa die Transitfrage - aus einer Position innerhalb

Realität

"Bundesverkehrsminister Jürgen Warnke prognostiziert einen weiteren sprunghaften Anstieg des Transitverkehrs über die Alpen durch den europäischen Binnenmarkt ab 1992. Bis zum Jahr 2000 rechnet er mit einem Anschwellen allein des Güterverkehrs um 60 Prozent. Bis zum Jahr 2020 werde sich der Güterverkehr dann noch einmal verdoppeln."

TT, 2.3.89

"1992 werden die Lizenzen für den internationalen Güterverkehr, deren Zahl in den kommenden beiden Jahren um vierzig Prozent steigen wird, ganz abgeschafft. Die vollständige Abschaffung der Grenzkontrollen ist beschlossen."

Die Transportkapazitäten und die Produktivität werden als Folge dieser Beschlüsse steigen. Mehr und größere Lkw werden öfter voll beladen und mit höherer Durchschnittsgeschwindigkeit durch Europa rollen und nicht mehr wie bisher weitgehend leer aus dem Ausland beziehungsweise von einer Fuhre im Werksverkehr zurückkommen müssen. In der Konsequenz werden die Frachttarife deutlich sinken. In

der EG leichter lösen lassen."

P. Jankowitsch,
TT, 11.11.87

Es versucht es die FPÖ mit dem Schmäh:

"Auch in der Transitfrage wird Österreich ohne Vollmitgliedschaft keine Fortschritte erzielen können."

H. Schmidt,
Freiheitlicher Presse-
dienst, 28.1.88

Und es versucht es natürlich die Bundeswirtschaftskammer mit dem Schmäh:

"Transit: Österreich kann nur nach Beitritt zur EG mitbestimmen"

P. Tschirner Bundeswirtschaftskammer
NTZ, 22.4.88

Hier sind professionelle Roßtäuscher am Werk, deren einziger Auftrag es ist, uns gegen unseren Willen in die EG zu treiben. Als würde, wenn Österreich angeschlossen ist, nicht der Brenner der EG gehören!

So aussichtslos ihr Unterfangen angesichts der Realität (siehe rechte Spalte) auch sein mag, so angestrengt sind ihre Versuche, uns ein X für ein U vorzumachen. Der Großfrächter O. Klausner, Sprecher der Tiroler Transportunternehmer:

"Es ist traurig, wenn man mit Horrormeldungen über eine Verdoppelung des

Deutschland scheint dabei ein Preisverfall von 30 bis 40 Prozent, besonders auf den Hauptrouten, durchaus möglich.

Der internationale Wettbewerb wird sich dramatisch verschärfen, wenn in Europa große, leistungsstarke Anbieter auch von außerhalb der Gemeinschaft (wie Federal Express, TNT) mit ihrer Erfahrung aus anderen deregulierten Märkten, vor allem den USA, antreten."

Euro-Analyse von McKinsey,
Manager Magazin 7/89

"Wenn der sogenannte Verkehrsmarkt 'dereguliert' wird, soll es keine nationalen Kontingente und Lizenzen für Fuhrunternehmer mehr geben; jeder, der Geld und Lust hat, einen Lastwagen zu kaufen, darf dann zwischen Portugal und Dänemark, England und Sizilien herumfahren, was er nur kriegen kann. Mit Fahrern am Steuer, die eben mal 36 Stunden nicht geschlafen, dafür aber Nitrozellulose, Benzin, Schwefelsäure oder höher giftige Chemikalien in mehr oder minder dichten Kesselwagen geladen haben."

Süddeutsche Zeitung, 17.3.88

"Bereits in der Mitte der neunziger Jahre wird der Lastwagen samt Fracht 50 Tonnen wiegen. Die Durchschnittsgeschwindigkeit wird von bisher knapp 60 auf knapp 80 Stundenkilometer klettern. Das bedeutet, daß die Spitzengeschwindigkeiten von derzeit 80 bis 90 Stundenkilometer auf über 100 Stundenkilometer steigen werden. Ermöglicht wird eine derartige Entwicklung durch stärkere Motoren - 500 statt bisher durchschnittlich 350 PS."

Kurier, 5.2.89

"Im Lkw-Geschäft hält der Boom an" (Titel) - "Der Straßentransport ist unaufhaltsam im Vormarsch" (Untertitel). "1988 erlebt infolge des wirtschaftlichen Hochs auch das Transportgewerbe eine ausgesprochene Blüte. Volle Auftragsbücher signalisieren bei den Herstellern lange Liefer

Transitverkehrs durch Tirol bis zum Jahr 2000 die Menschen verunsichert und Stimmung gegen die Transportbranche macht. Wenn es 1993 den Gemeinsamen Markt gibt und die Bedingungen (Steuern, Maut, Treibstoffpreise) europaweit annähernd auf gleichem Niveau liegen, wird sich der Transitverkehr entflechten. Wir schätzen, daß der Transitverkehr durch Tirol stagniert oder schlimmstenfalls geringfügig ansteigt."
TT, 3.9.88

Der Landtagsabgeordnete der Industrie, D. Bachmann, setzt noch eins drauf, um sich unsere Zustimmung zum EG-Anschluß zu erschleichen:
"Ein EG-Beitritt Österreichs bringt nicht mehr Transitverkehr, sondern weniger, weil Exportprämien wegfallen würden."
TT, 10.6.88

Sie lassen nichts, aber auch schon gar nichts aus, um uns irreführen. So versuchen die Landtagsabgeordneten der ÖVP, z.B., uns allen Ernstes weiszumachen, ein "Transitstaatsvertrag" Tirols mit der Republik Österreich könnte sicherstellen, daß die Lebensinteressen der Tiroler Bevölkerung bei den EG-Verhandlungen berücksichtigt würden (NTZ, 10.11.88). Gar nicht zufällig sind das genau

fristen bis zu sechs Monaten ... Autotransporter rollen Tag und Nacht. Mit Blickrichtung auf einen gemeinsamen Markt sind die beamteten Eisenbahn-Hochburgen ohnedies vollkommen überfordert. Aus dieser Tatsache schöpft die Lkw-Industrie weitere Hoffnung, denn die Transportvolumina werden unaufhaltsam zunehmen und zum überwiegenden Teil nur vom Lkw befriedigt werden können. So prognostiziert etwa MAN-Chef Wilfried Lochte im gemeinsamen Markt einen Jahresbedarf von rund 250.000 Lkw im Tonnagebereich über 6 t Gesamtgewicht."
Salzburger Nachrichten, 7.10.88

"Im Transitverkehr wird es aber - daran läßt das Wifo keinen Zweifel - in den nächsten Jahren zu keiner Entlastung kommen. Eine international gute Konjunkturlage, der Binnenmarktprozeß in der EG und das Wachsen einer nach Westen orientierten Marktwirtschaft in Osteuropa lassen eine starke Zunahme des Transitaufkommens erwarten."
Salzburger Nachrichten, 14.11.89

"Das vom Sozial- und Wirtschaftsausschuß der EG vorgelegte Gutachten bescheinigt Österreich zudem ausdrücklich, 'das weitaus wichtigste Transitverkehrsland' zu sein. Der Wirtschafts- und Sozialausschuß ist der Überzeugung, daß mit der Vollen- dung des Binnenmarkts der Transitverkehr durch Österreich, Schweiz und Jugosla- wien 'noch beträchtlich an Umfang zuneh- men' wird."
Presse, 25.3.88

"Hier soll vollkommene Freiheit herrschen. Alle Transportgenehmigungsverfahren sol- len beseitigt werden und jeder soll das Transportmittel wählen, das am günstig- sten ist. Das wird aber, solange die Straße und ihre Benützung nicht den Kosten entsprechend besteuert wird, so wie das bei der Bahn der Fall ist, immer die Straße sein, und dann wird aus geografischen

jene Herren, die heute schon den Bückling vor der EG machen (siehe oben!). Als könnte man die mächtige EG, die sich dieses Österreich einverleiben will, mit einem Blatt Papier schrecken!

Wieder andere, den LH Partl zum Beispiel, heißt man, uns zu sagen, das "Transitproblem" müsse vor dem "EG-Beitritt" gelöst werden. Das läßt man sinnigerweise ausgerechnet solche sagen, die ihn jetzt Jahr für Jahr steigern. Als könnte so eine Lösung einen Tag über den Tag des Beitrittes hinaus halten!

Um uns Sand in die Augen zu streuen, ist ihnen alles recht. Die Salzburger Handelskammer schreibt in ihrem EG-Bericht (1988):

"Wenn künftig die Grenzschränken in Europa fallen, dann fällt auch der Begriff >Transitverkehr<."

Das ist der Zynismus, den wir aus diesem Eck gewohnt sind: Man würde den "Transitverkehr" nicht mehr so heißen können, aber er würde - siehe rechte Spalte - Tirol vernichten.

Gründen alles durch die österreichische Nadelöhre kommen, und bei uns wird alles verdreckt, versaut, die anderen werden davon den Profit haben, und das wird der große approach zu Europa sein. Was dann der Tiroler Fremdenverkehr macht, weiß ich nicht."

Minister a.D. E. Lanc,
Journal-Panorama, Ö 1, 22.6.1988

"Die Bundesbahnen erwarten von einem verstärkten Preisdruck in einem liberalisierten EG-Verkehrsmarkt Mindereinnahmen von 700 Mill. S, davon 500 Mill. S im Güterverkehr und 200 Mill. S im Personenverkehr. ÖBB-Generaldirektor Heinrich Übleis befürchtet, daß die Straße gegenüber dem Schienentransport weitere Marktanteile gewinnen könnte. Gütertransporte könnten aus Kostengründen verstärkt mit Lkw durchgeführt werden."
Presse, 27.10.88

"Natürlich ist Tirol ein Lkw-Transitland. Unsere geographische Lage in Europa hat uns dazu verdammt. Das mag man bedauern, doch es ist nicht zu ändern. (...) Nach einer Studie des Instituts für Straßenbau und Verkehrsplanung der Universität Innsbruck könnte die Gütertransportzunahme bis zum Jahr 2000 60 bis 80 Prozent betragen. Dann fahren täglich 6300 bis 7500 Lkw über die Brenner- und Inntalautobahn. Das ist der Preis für ein offenes Europa und die demokratische Freizügigkeit seiner Menschen."

TT, 16.4.88

(Beilage zum Tag der offenen Lkw-Tür)

Wir müßten auf die EG Rücksicht nehmen, wir seien ja so eng mit ihr verbunden, sagen die, die uns so eng mit ihr verbunden haben. Wir könnten "das Transitproblem" nur gemeinsam mit der EG lösen, sagen sie, wo es doch für uns gelöst wird, wenn die Durchfahrten radikal eingeschränkt werden, für die EG aber gelöst wird, wenn die Durchfahrten ständig erhöht werden!

Wir müssen das alles wissen, um zu wissen, was uns blüht. Von der einen Seite und von der anderen Seite.

Die Lügen-Maschine

Tag für Tag füllen sie mit neuen Mätzchen die willigen Zeitungen, wird uns aufs neue ein Kübel voll Druckerschwärze über den Kopf gestülpt. Wer ein Erinnerungsvermögen über wenigstens vierzehn Tage hat, weiß, was aus ihren jeweiligen "Transitlösungen" geworden ist:

Ihre Waffe gegen die Wahrheit, daß die Verheerung durch die Lkws ständig ärger wird, ist die Lüge. Z.B. die Lüge des Verkehrsministers 1984, die damaligen 3200 täglichen Lkws der Brennerautobahn würden bis 1990 auf die Brennerbahn verlagert (*Süddeutsche Zeitung*, 9.10.85). Die Wahrheit war nicht umzubringen: 1990 noch gehen keine zehn Prozent dieser 3200 Lkws mit der Bahn durch Tirol. Oder die seinerzeitige Lüge, das Verbot, mit mehr als 40 Liter Diesel in Österreich einzureisen, werde wenigstens für einen wirtschaftlichen Effekt des "Transitverkehrs" sorgen. Die Wahrheit hat gesiegt: 1985 wurde das entsprechende Zollgesetz geändert, sodaß nunmehr wieder mit 200 Liter billigerem, schadstoffhaltigeren ausländischem Diesel im Tank durch Tirol durchgerast werden darf. Wenn der Landesstraßenverkehrsreferent für die Zeit ab 1985 verspricht: "Keine zusätzlichen Tonnen, mehr durch unser Land" (*Presse*, 17.12.84), wird er durch die Genehmigung weiterer Kontingente (*TT vom 5.1.85*) und durchschnittlich siebzigtausend Lkw-Fahrten mehr pro Jahr der Lüge überführt. 1986 wird die Lüge aufgetischt und durch alle Zeitunsspalten gejagt, daß eine Fahrzeug-Waage in Kufstein den Überladungen ein Ende bereiten werde. Die Wahrheit, daß es keine fixe Waage gibt, war bis heute nicht aus der Welt zu schaffen. Die Lüge, die Einführung einer Geschwindigkeitsbeschränkung von 60 km/h in der Nacht werde den Lärm reduzieren, konnte sich gegen die Wahrheit nicht durchsetzen. Die Wahrheit ist, daß durch Fehlen der Kontrollen und ein ausgefuchstes Warnsystem der Lkw-Fahrer der Dauerlärm erhalten bleibt und "der Transitverkehr" immer noch mehr wird. Welches als Maßnahmen-Paket gegen den "Transitverkehr" ausgegebene Lügen-Paket wurde doch bei der Regierungsklausur im Juni 1987 in Pertisau geschnürt! Es hat der Wirklichkeit im Tiroler Transit-Kanal, dem Anwachsen der Torturen, nichts anhaben können.

Diese Politik gegen uns läßt sich nur durch eine ununterbrochene Kette von Täuschungen abschirmen. Zum Beispiel mit der des Bundeskanzlers, Österreich werde ab 1. Jänner 1988 eine generelle Autobahnmaut einführen. Wahr ist: Österreich hat natürlich keine solche Maut eingeführt, sie stieß nämlich "in Bonn auf heftige Kritik" (*Kurier*, 2.4.87). Gar so weit kam auch der Minister mit seiner Lüge von 1987, die Abschaffung der Jahresmautkarte werde den "Transitverkehr" verteuern und also reduzieren, nicht. Die nicht untergekrigte Wahrheit: Der deutsche Verkehrsminister erreicht in Wien 100er Blocks, die eine Ermäßigung der Einzelfahrt um 45 Prozent bringen.

Als folglich wieder eine Lüge notwendig wurde, wurde die in Umlauf gebracht, daß ab 1.4.88 keine Überladungen mehr toleriert würden. Die Wahrheit, die dem entgegensteht, diktierte die BRD: "Die Überladungsto-

leranz von fünf Prozent, die derzeit in Tirol für Straßentransporte gültig ist, wird auch weiterhin in Kraft bleiben. Auf Druck Deutschlands wird der Nationalrat nämlich morgen in einer Novelle des Kraftfahrzeuggesetzes für ganz Österreich eine solche Toleranz beschließen." (NTZ, 22.6.88) Als zum Zwecke neuer Besänftigung die Lüge vom Nachtfahrverbot auf der Loferer Bundesstraße notwendig wurde, hielt sie genau so lange, bis die Wahrheit, daß während der Nacht gezählte 200 Lkws (mit oder ohne Genehmigung) durchfahren (Kurier, 8.4.87), publik wurde. Diese Politik lebt von der Lüge. Sie ist ihr bestimmendes Element. Mit ihr ist es möglich, die bevölkerungsfeindliche Politik der vergangenen Jahrzehnte fortzuführen.

Mit der Lüge des "Gesundheitsministers" von 1986, überladenen Fahrzeugen werde "die Einreise nach Österreich verweigert werden" (TT, 23.10.86), war die Wahrheit, daß nach wie vor massenhaft überladene Fahrzeuge durch Tirol rollen, nicht zu bezwingen. Zwar hat der Landeshauptmann, die Lüge 1987 in die Welt gesetzt, er werde "die Transportbewilligungen auf der Autobahn drastisch einschränken" (Kurier, 15.4.87), aber auch hier ist das die Wahrheit, daß die Transportbewilligungen nicht und schon gar nicht drastisch eingeschränkt wurden, werden und werden werden. Die Wahrheit, daß "der Transitverkehr" immer noch mehr wird, mehr Krawall, mehr Dreck, mehr Gift, mehr Kranke, mehr Unfälle, mehr Katastrophengefahr, ist nur durch immer schnelleres Lügen notdürftig zu verstecken. Da wurde vom Verkehrsminister den kaufbaren Medien die

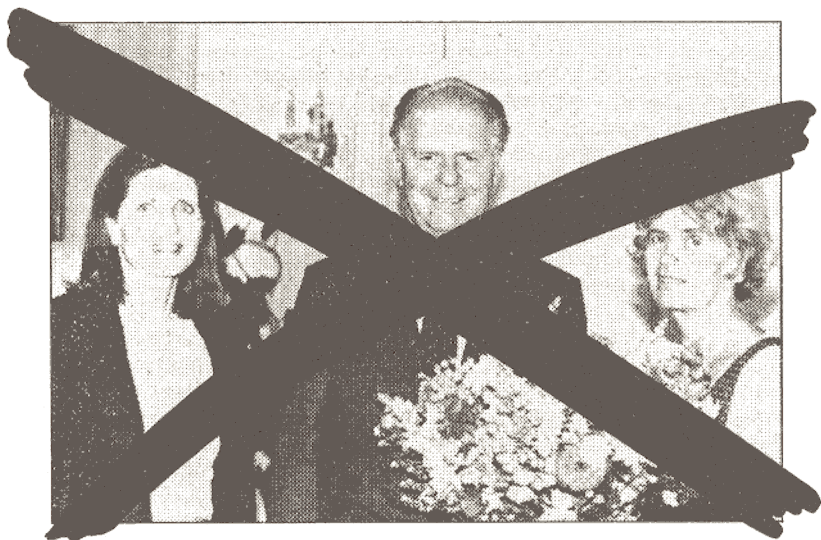


Bild: Die Bürgerinitiative ARGE Lebensraum Tirol überreicht dem Landeshauptmann als Zeichen des Dankes einen Blumenstrauß (20.9.89).

Ein Grund für Blumen? Seit A. Partl Landeshauptmann ist, gibt es jedes Jahr noch mehr Dreck, mehr kranke Kinder, mehr Lungenkrebs. Er kann das Transitproblem nicht lösen, er ist untrennbar mit diesem verbunden.

Lüge von der Verlagerung von "60% des Lkw-Verkehrs auf die Schiene" bis 1992 (*TT*, 8.8.87) vorgebetet und von diesen nachgebetet, ohne daß sie sich gegen die Wahrheit, daß "frühestens 1997 eine spürbare Verbesserung der Brennerbahn zu erwarten ist" (*TT*, 28.9.89), durchsetzen konnte. Bis dorthin wird der Lastwagenverkehr um weitere vierzig Prozent mehr werden. Die 1987 ausgestreute Lüge, Geschwindigkeitsüberschreitungen künftig rigoros per Kontrolle der Tachographenblätter zu ahnden, hat gegen das "aus Rücksicht auf Frächterlobby und Bundeswirtschaftskammer" dann tatsächlich beschlossene Gesetzchen einen mehr als schweren Stand. Die Lüge, die 1986 in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie für den Brennertunnel, die "die Lösung des Transitproblems" bringen werde, werde endlich im September 1987 vorliegen, hatte keinen Auftrag gegen die Wahrheit, daß die Studie nicht 1987 und nicht 1988 vorgelegt wurde und schon gar keinen gegen die Wahrheit, daß die Studie (1989 fertiggestellt) absolut keinen Einfluß auf das Anschwellen des Lärms, des Drecks, des Giftes in diesen Jahren hatte und in den kommenden Jahren haben wird. So konnte auch die Lüge des Landeshauptmannes vom März 1987, eine vorgeschriebene Routenbindung über die Tauernautobahn werde den Brenner entlasten (*TV-Pressestunde*, 22.3.87), gegen die Wahrheit, daß es keine Routenbindung gibt, nichts ausrichten. Und die Wahrheit, daß im Nettopreisvergleich die Brennermaut für eine Lkw-Fahrt von 405 Schilling im Jahre 1977 auf 208 Schilling im Jahre 1989 ermäßigt wurde, hat sich einen Dreck um die vielen Mautverteuerungs-Lügen gekümmert.

Will man zur Wahrheit vordringen, muß man durch alle diese Lügen durch

Weiter: Da hat der Landeshauptmann 1987 mit Hilfe der Medien die dem Lärm der Lärmlaster, dem Dreck der Drecklaster und dem Gift der Giftlaster ausgesetzten Menschen monatelang mit der "Lösung durch eine Hangtunneltrasse" im Unterinntal am Schmah gehalten. Auch über diesen Schwindel hat die Wahrheit, daß mehr Lkws durchs Unterinntal donnern und donnern werden, dominiert. Die ständige Lüge, daß "der Transitverkehr" in Tirol eingedämmt werden soll, kommt gegen die Wahrheit nicht an, daß die Brennerautobahn ständig ausgebaut wird. Die dreiste Lüge des Wirtschaftsministers vom Jahre 1987, in acht Jahren werde man bereits durch den Brennerbasistunnel fahren, hatte keine Chance gegen die Wahrheit, nämlich die Wahrheit, daß der "Transitverkehr" weiter zunehmen kann. Und Asthma bei Kleinkindern auch. Man sieht, wodurch dieses System in seinem Innersten zusammengehalten wird. Und die Rolle der Hurenblätter der großen Wirtschaft bei diesem Volksbetrug sieht man auch. (Das ganze Presse-Getöse in unseren Ohren soll wohl bewirken, daß wir das Anschwellen des Verkehrslärms nicht hören. So einfach stellt man sich dies in Amts- und zugehörigen Redaktionsstuben vor.)

Die Lüge des Landesverkehrsreferenten von 1988, die Gifttransporte würden künftig nur noch mit Einzelgenehmigungen durch Tirol fahren dürfen, unterlag gar bald der brutalen Wahrheit, daß der "Transport von Gift nicht zu verhindern" ist (*Kurier*, 19.10.89). Auch die vom Verkehrsminister in

die Welt gesetzte Lüge, seine "durch mühevolle Überzeugungskraft" durchgesetzten Transitverhandlungen mit der EG wären der "Durchbruch in der Transitverkehrsdiskussion" (*TT*, 9.12.87), mußte bald vor der Wahrheit kapitulieren, daß die EG in diesen Verhandlungen, den Abbau der "Beschränkungen für den Durchzugsverkehr" (*SN*, 28.10.88) anstrebte.

Die nächste Lüge des Landeshauptmannes, die Überladungen würden nun drastisch reduziert, ist der Wahrheit, daß jeder vierte Lkw überladen ist, immer noch nicht gewachsen, und der Lüge des Landeshauptmannes, "ökologisch vertretbare Kontingente" festzulegen (*TT*, 18.2.89), steht immer noch die Wahrheit entgegen, daß keine solchen Kontingente festgelegt werden. Wir schlucken weiter Gas und fressen weiter Dreck. Die Lüge des Landeshauptmannes (*TT*, 18.2.89), Nachtfahrverbote für Chemikalien und gefährliche Güter einzuführen, konnte der Wahrheit, daß todbringende Gifte bei Tag und Nacht schüsselweise durch unser (!) Land gefahren werden, nichts anhaben. Die brutale Wahrheit, daß der Lkw ganze 16 Prozent, der von ihm auf der Straße verursachten Kosten bezahlt (und wir die restlichen 84 Prozent), wurde von den Behauptungen des Verkehrsministers, es müsse "Kostenwahrheit" hergestellt werden (*Club* 2, 23.11.89), nicht einmal angerührt. Die Lüge des Landeshauptmannes, mit seinem Besuch in Brüssel vor den Landtagswahlen "ist uns ein Durchbruch gelungen" (*NTZ*, 10.3.89) hatte so kurze Beine, daß sie schon am 14.3. von der Wahrheit, "der EG müßten zumindest für eine Übergangszeit von etwa 20 Jahren ungeschmälerte Durchfahrtsrechte einge-



Bild: Die Bürgerinitiative Komitee Vomp überreicht dem Verkehrsminister als Zeichen des Dankes eine Topfzirbe (10.11.89).

Ein Grund für Ehrerbietungen? Seit R. Streicher Verkehrsminister ist, donnern jedes Jahr noch mehr Laster durchs Land, sterben Menschen und Zirben noch schneller. Er kann das Transitproblem nicht lösen, er ist untrennbar mit diesem verbunden.

räumt werden" (BRD-Verkehrsminister Warnke bei der EG-Ministerratsitzung in Brüssel, *Dolomiten*, 15.3.89) überholt wurde. Und die Lüge des Verkehrsministers anlässlich der Brennerblockade durch italienische Frächter, er werde "hart bleiben", wurde ruckzuck von der Wahrheit eingeholt, daß er den Italienern klammheimlich für das Jahr 1989 doch zusätzliche 30.000 Durchfahrten genehmigt hatte. Der Satz, mit der Öko-Maut werde die Umwelt saniert, war noch kaum gelogen, als Frächtern zigtausend Schillinge als Zuschüsse zugeworfen wurden, damit sie ihre um kein Gramm weniger Gift sprühenden "Flüster"-Laster weiterhin auch in der Nacht durchs Land schicken können. Usw.

Wir bitten die Leserinnen und Leser, die Unvollständigkeit dieser Aufzählung entschuldigen zu wollen.

Eine wahre Unmenge von Lügen, ist von den Vertretern dieser "Transitpolitik" schon verbraucht worden, was aber keinesfalls heißt, daß ihnen nicht noch eine ganze Reihe weiterer einfallen wird.

Auf dem Papier ist "der Transitverkehr" alle drei Monate weiter eingeschränkt worden. Auf der Straße hat er jedes Monat zugenommen!

Natürlich sagt jeder, der das liest: So eine Verlogenheit kann nicht Bestand haben. Und er hat recht. *Nur*: Noch hat sie Bestand!

Und dann noch eine Nachtfahrerlaubnis

Zum sogenannten Nachtfahrverbot könnte man viel, braucht man aber nur wenig sagen. Im Juni 1989 hat der Verkehrsminister die Hoffnung geweckt, in der Nacht werde den Lkws auf den Tiroler Durchzugsstraßen das Fahren verboten sein. Im September sprach er dann von etwa 30 Ausnahmen pro Nacht (*TT*, 8.9.89). Im Oktober sprach er dann von etwa 70 Ausnahmen pro Nacht (*TT*, 19.10.89). Im November sprach er dann von etwa 80 bis 100 Ausnahmen pro Nacht (*Salzburger Nachrichten*, 16.11.89). Einen Tag vor Inkrafttreten des "Nachtfahrverbots" sprach er dann davon, daß die Ausnahmen "ein beachtliches Volumen" erreicht hätten (*Inlandsreport*, 30.11.89). Inzwischen, wir wissen es, werden als leicht verderbliche Güter u.a. Bier und Kartoffeln in der Nachtfahrverbotszeit durch Tirol gefahren (*Tirol heute*, 21.12.89). Mit dem "Nachtfahrverbot" trat gleichzeitig die Nachtfahrerlaubnis in Kraft. Wieder wurde dem Druck aus der BRD nachgegeben.

Das Land Tirol hat noch eins draufgesetzt: Vor das "Verbot" in Kraft trat, waren bereits mehr als zweihundert Ausnahmegenehmigungen für die nächtliche Durchfahrt durch Tirol ausgestellt. Anfang Dezember waren es bereits vierhundert, nach zwei Wochen sechshundertsechzig und im Jänner dieses Jahres hielt man bei zwölfhundert! Zwölfhundert Lkws haben vom Land Tirol die Erlaubnis trotz "Nachtfahrverbot" bei Nacht durch Tirol zu donnern! Zudem darf jeder, der einen Bestellzettel im Führerhaus mitführt, aus dem hervorgeht, daß er einen auf "Flüster-Lkw" umgetauften 38-Tonner erwerben will, weiterhin wann er will und wie oft er will durch Tirol durchfahren. Diese mitgeführten Bestellscheine tragen natürlich wesentlich zur Nachtruhe der Bevölkerung bei.

Die ersten Erfolgsberichte, die über die Medien geschickt worden waren, mußten mittlerweile den Fakten weichen: Nicht *ein* Lkw wurde aus Tirol abgedrängt. Im Februar dieses Jahres fuhren zur angeblichen Nachtfahrverbotszeit durchschnittlich (!) fünfhundertvierzig Lkws durch Tirol durch, in einigen Nächten sogar siebenhundert (*Tirol heute*, 28.2.90). Auf die vierundzwanzig Stunden aufgeteilt fahren jetzt, wie der Verkehrslandesrat im Landtag (30.1.90) kleinlaut zugeben mußte, mindestens gleich viele Laster. Am Reschen wurden im Jänner dieses Jahres sogar um 23 Prozent mehr Lkws gezählt als 1989!

Auch auf der B 312 (Loferer Bundesstraße) wurde vor Jahren mit viel politischem Trara ein sogenanntes "Nachtfahrverbot" eingeführt. Tatsache ist, daß heute dort pro Nacht, in der es angeblich verboten ist zu fahren, um die 200 Lastautos gezählt werden (198 Lkws bei der Zählung in der Nacht auf den 25. Oktober 1989).

Es hat sich nichts geändert, weil sich nichts ändern kann. Die Politiker haben nichts gelernt aus ihrer Wahlniederlage, weil sie nichts lernen können - höchstens: uns noch eleganter aufs Kreuz zu legen.

Daher sollten wir lernen aus dem 12. März.

Währenddessen werden die Frächter bedient wie eh und je. Auf's neue wird viel Geld in den Lkw gesteckt, statt in seine Überwindung! Unser Geld! Aus den "Öko-Maut"-Einnahmen (!) werden den Frächtern ganze Tausenderpacklin pro Fahrzeug hineingeschoben für eine mehr als fragwürdige Motorenkapselung, die zudem nicht ein Gramm Gift wegbringt. Dazu wird ihnen der Investitionsfreibetrag verdoppelt, was den Staat - uns - mehr als einhundert Millionen Schilling kosten wird. Dazu soll ihnen der angebliche Wertverlust ihres Fuhrparks vom Finanzminister - von uns - abgegolten werden. Dazu sind die Bahntarife um fünfzig Prozent reduziert worden, nein, nicht für uns, für die die Bahn benützenden Frächter. Usw.

Um uns selber müssen wir uns selber kümmern

Das Nachtfahrverbot in Österreich, wenn jemand danach fragen sollte, gibt es nicht. Der Flüster-Lkw wird nicht erfunden. Jetzt sind auf dem Papier nur noch Lkws mit achtzig Dezibel erlaubt, die auch die auf achtzig Dezibel reduzierten Lkws nur bei vierzig Stundenkilometer und nur im Ebenen und nur mit Sommerreifen bringen! Siebzig Dezibel sind, wie Ärzte sagen, bereits gesundheitsschädigend.

Auch das sogenannte Nachtfahrverbot ist, wie es ein Unterinntaler ÖVP-Bürgermeister ausgedrückt hat, nur "eine politische Augenauswischerei". (*TT*, 21.7.89)

Natürlich ist das ein Verbrechen, was sie uns antun. Unseres ist es, daß wir sie das tun lassen. Eigentlich betrügen ja nicht *sie* uns, sondern wir sind es, die uns betrügen, wenn wir denen glauben.

Der Ausverkauf Tirols

EG heißt freier Grundverkehr, was immer man euch auch erzählen mag! In Tirol sind nur vierzehn Prozent der Landesfläche besiedelbar. Das ist ein Satz. Aber man kann wirklich nur auf einem Siebtel der Grundfläche hausen. Vorausgesetzt auf diesem Siebtel steht auch keine Autobahn und keine Zufahrt und keine Abfahrt und keine 380-Kilovolt-Leitung und keine Lifttrasse.

Wie Auslandskapital in den vergangenen Jahrzehnten ins Land gebettelt worden ist, darüber steht etwas im letzten FOEHN. (Allein die fällige Fortsetzung der dort begonnenen Auflistung würde mehrere Seiten füllen.) Hier ist es uns zu tun um den Verkauf von Grundstücken, der immer Hand in Hand geht mit dem wirtschaftlichen Ausverkauf. Der Selbständigkeit unseres Landes wird immer mehr der Boden entzogen.

Der ins Land gelotste deutsche Millionen-Konzern Liebherr zahlte für das riesige Fabriksareal in Telfs 50 Schilling pro Quadratmeter. Die Differenz zu den ortsüblichen Grundstückspreisen in der Höhe von 7,5 Millionen S übernahm das Land Tirol auf Antrag des sozialistischen Landtagsabgeordneten Alfons Kaufmann (*NTZ*, 17.1.76). Du und ich, ihr und wir haben das bezahlt, damit er jetzt einem Geldsack in der BRD gehört. Nur ein Beispiel. Ob AL-KO Kober im Zillertal oder Euroclima in Sillian, Elektra Bregenz in Schwaz oder Schwarzkopf in Kematen, EGO in Heinfels oder Milford in Hall, mit jeder hochsubventionierten Betriebsansiedlung gehen Tausende Quadratmeter Grund in ausländischen Besitz über. Ohne kleinstes Problem, wie der Geschäftsführer der Deutschen Handelskammer in Österreich, Schäfer, sagt: "Wir haben oft Anfragen von Tochtergesellschaften deutscher Firmen in Österreich, die sich vergrößern wollen oder einen anderen Standplatz suchen. Es kommen aber auch Geschäftsleute aus der Bundesrepublik zu uns, die eine Servicestelle errichten, gewerbliche Areale anmieten oder erwerben wollen. Diesbezüglich bestehen in keinem österreichischen Bundesland Schwierigkeiten im Genehmigungsverfahren seitens der Grundverkehrskommission. Im Gegenteil: Bei der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen sind die Kommunen sehr entgegenkommend. Es gibt ein großes Angebot an freien Objekten für Fertigungs- und Montagebetriebe. Die Gemeinden bieten oft sehr preisgünstige Grundstücke an und wenn man die vom Staat oder Land zur Verfügung gestellten Förderungen berücksichtigt, sind die Bedingungen sehr vorteilhaft. Auch der gleichzeitige Erwerb eines Privatgrundstückes in der entsprechenden Region, wo der Betrieb errichtet werden soll, bereitet keine Schwierigkeiten, wenn das Grundstück nicht zu groß dimensioniert ist." (*Wirtschaftsspiegel der deutschen Handelskammer in Österreich*, 4/86) Diese gewaltigen Ausnahmen beim Grundverkehr sind etwas, wie der Tiroler Handelskammerpräsident stolz sagt, "was wir jetzt schon nicht nur zugestanden, sondern sogar intensiv gefordert haben, um durch Betriebsansiedlungen zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen" (*Kurier*, 2.1.89).

Dabei ist hier noch gar nichts gesagt darüber, wie ausländische Einkaufshäuser, angefangen von Adler und Bauhaus und nie endend, auf die grüne Wiese geklotzt werden, wo der Grunderwerb aus "volkswirtschaftlichen Gründen" genehmigt wird, während er doch gerade aus "volkswirtschaftlichen Gründen" nicht zu genehmigen wäre. Wenn, ja, wenns um die österreichische Volkswirtschaft und ums österreichische Volk ginge!

Ausgerechnet diejenigen, die unser Land die Jahre herauf wirtschaftlich und politisch eins ums andre verschachert haben, die unsere Böden durch ein löchriges Grundverkehrsgesetz hindurch, an diesem vorbei, an geldige Ausländer verkauft haben, genau diese Partl sollen jetzt, da sich die EG auf Österreich wirft, unser Land vor dem Ausverkauf schützen. Eine Bevölkerung, die solche Helfer hat, braucht Feinde keine.

Wenn man einmal auf das schaut, was trotz Ausländergrundverkehrsgesetz in den letzten Jahren gedreht worden ist, kann man sich überdeutlich vorstellen, was über ein Tirol ohne Ausländergrundverkehrsgesetz hereinbrechen wird.

Ganz legal gegen die Gesetze

Es kommt ganz dick: Schon 1966 hat ein Unterinntaler Bürgermeister als Mandatar im Tiroler Landtag über seine Gemeinde gesagt: "Wir haben schon bald eine deutsche Kolonie." Und ein anderer Abgeordneter stellte fest, daß "es nicht stimmt, daß der Druck des Ausländergrundverkaufes in Richtung Tirol nachgelassen hat, im Gegenteil, der Druck hat sich von Jahr zu Jahr verstärkt und wird sich weiterhin verstärken." Und: "Es gibt Gemeinden, wo fast die Hälfte der Grundbesitzer Ausländer sind." (*Debatte am 23.5.66*)

Trotz dieses Vorsichhinplatschederns des Landtages wurden, um hier einmal keine speziellen Fremdenverkehrsorte zu nehmen, z.B. in der Gemeinde Tulfes allein im Jahre 1968 neun Grundstücke an Ausländer verscherbelt. In der Gemeinde Rinn wurden im Jahre 1969 elf Grundstücke an Ausländer verscherbelt.

1975 waren dann trotz "Verschärfung" des Ausländergrundverkehrsgesetzes in Tirol bereits "16.000 Hektar in ausländischem Besitz" (*Kurier*, 6.4.75). Man muß wissen, daß es in Tiroler Seitentälern Bauern gibt, die zwei, drei Hektar Grund haben. "An die 5.000 Ausländer", schrieb der *Kurier* damals weiter, "- zu 85 Prozent Deutsche - besitzen in Tirol ein Grundstück, ein Haus oder eine Eigentumswohnung; rund 1.000 Apartments sind in ausländischer Hand." Schon vor 1975 gehörten 37,4 Prozent der Ferie- und Wochenendhäuser in Tirol Ausländern. Nicht solchen, die hier arbeiten freilich, die haben irgendwo zu sechst oder zu acht ein feuchtes Loch, sondern Geldsäcken, die mit ihren Säcken nicht wissen wohin. Die Tiroler Handelskammer, auf dem Papier der Vertretung von einheimischen Interessen verpflichtet, hat seinerzeit sogar die Genehmigungspflicht für Grundverkäufe an Ausländer massiv bekämpft. Sie meinte, "daß deutsche Gäste verärgert sein könnten, wenn man ihnen

verwehrt, in Tirol Wurzeln zu schlagen, und daß sie deshalb vielleicht den betreffenden Ort meiden" (*TT*, 11.3.69).

Jetzt haben wir den Salat. Tausende Ausländer machen in ihren eigenen Häusern oder Appartments in Tirol Urlaub. Allein "im Zeitraum zwischen 1975 und 1980 nahm die Zahl der Grundeigentümer aus Holland in Tirol um 800 zu" (*Presse*, 7.7.81).

1978 waren z.B. in Seefeld ganz offiziell schon 52,5 Prozent der Grundbesitzer Ausländer. Trotz immer wieder verschärften Gesetzen. Allein 1978 und 1979 wurden in Seefeld "50 bis 60 Appartments an Holländer verkauft" (LAbg. Kranewitter im Tiroler Landtag, 20.5.80) 1983 schrieb der Seefelder Hotelier Wilberger, "daß der Grund und Boden in Seefeld heute zu sechzig Prozent in deutschen Händen ist" (*TT*, 23.7.83). So verschärft wurden die Gesetze! "Daß gerade die schönen Hotels zum Teil ihre Stammgäste verloren haben", schrieb Wilberger damals, "daran ist der Erwerb von Zweitwohnungen, vor allem durch Bundesdeutsche, schuld." Dieser aufgebrachte Herr Wilberger hat ein knappes Jahr später sein Schloßhotel in Seefeld inklusive 12.000 qm Park an einen Ausländer verkauft.

In Tirol gibt es eine schlimme Wohnungsnot. Eine schlimme Wohnungsnot, das sagt sich so. Es heißt, daß Menschen, die hier arbeiten, nicht wie Menschen leben können. Nicht in Rumänien, hier, bei uns! Den existentiellen Bedürfnissen Tausender Wohnungssuchender stehen die Luxusbedürfnisse jener entgegen, die sich hier Zweit- und Drittwohnsitze schaffen.

In Steinberg am Rofan waren bereits vor zehn Jahren 43 Prozent der Hausbesitzer Ausländer. Berwang, Jungholz und Nesselwängle weisen eine Überfremdung von bis zu fünfzig Prozent auf. Von den rund 540 Grundbesitzern in Leutasch waren bereits 1975 etwa 140 Ausländer. In Seefeld waren damals 400 Ferienwohnungen und schon über 70 Häuser in der Hand von Ausländern. In Kirchberg waren bereits Ende der Siebziger Jahre über fünfzig Holländer ansässig (*Kurier*, 16.4.78). In Hopfgarten zählte man bereits vor zehn Jahren 110 ausländische Grundbesitzer. In Kitzbühel haben 746 Ausländer einen Wohnsitz, 400 Grundstücke sind in ausländischer Hand (*Gewinn*, 6/89). Und nur vierzehn Prozent des Tiroler Bodens sind besiedelbar! Die Österreichische Raumordnungskonferenz hat 1987 festgestellt, daß z. B. in den Bezirken Kitzbühel, Kufstein und Schwaz 76,1 Prozent der Zweitwohnsitze in ausländischer Hand waren. (*ÖROK-Schriftenreihe*, Nr. 54)

Bei den vorgenannten Zahlen handelt es sich durchwegs um offizielle, das heißt, der Erwerb durch Strohmannen, Kaufmiet- und Dauermietverträge, Alm- und Kochhüttenausbauten usw. sind hier noch gar nicht mitgezählt. Allein in Kitzbühel wurden in den letzten Jahren, wie der Bürgermeister sagt, 34 Wohnungen über Strohmannen von Ausländern gekauft (*Radio Tirol*, 1.2.90).



**Wir w
verraten u**

**werden
und verkauft**



Man braucht nur eine heimische Zeitung aufzuschlagen, und man stolpert da und dort über ausländischen Grundbesitz: In Telfs wird ein deutscher Millionär in seinem Haus überfallen (*Kurier*, 23.5.89), in Seefeld finden in der Riesen-Villa eines Ölscheichs "Sex-Orgien" mit aus London eingeflogenen Prostituierten statt (*Kurier*, 3.4.89), in Kitzbühel, weiß die *TT* (13.9.84), schmückt ein Hausbesitzer sein Haus mit der bayerischen Fahne, in Reith bei Seefeld droht eine deutsche Hotelkette, ihre dreißig einheimischen Angestellten zu entlassen, wenn sie nicht auch die Gemeindejagd bekommt (*Kurier*, 25.8.89), ein Grundstücksverkauf im Ötztal an einen Belgier gerät nur deswegen auf die Gerichtsseite, weil der Ötztaler Bauer dem Innsbrucker Makler keine Provision zahlen wollte (*TT*, 8.9.89), und eine Terroristenjagd durch Beamte des deutschen Verfassungsschutzes (!) in Thiersee-Schneeberg bringt nebenbei ans Licht, daß das Gebiet "Domizil vieler deutscher Bundesbürger" ist (*Kurier*, 16.11.89).

Der Zorn könnte einen auffressen, mit Haut und Haar. Nicht über die, die es geschafft haben, sondern über die, die es möglich gemacht haben.

Oft und oft wird der Verkauf an ausländische Prominenz von oben her direkt angeordnet. Beim Verkauf des Seefelder Schloßhotels an den saudischen Prinzen hat Minister Salcher mit "staatspolitischen Interessen" argumentiert. Immer wieder wird "öffentliches Interesse" vorgegeben, wenn ein Borze aus der BRD sich hier eine Datscha in den Wald klotzt. So beim ehemaligen bayerischen Innenminister Heck, der hier ein Haus hat. So beim Direktor der Mercedes-Werke, Schreiber, dem *lt. Kurier* vom 17.4.75 Partl den Grundkauf am Weerberg genehmigte, so beim VW-Direktor Horst Münzner, der sich in Ehrwald ein Haus gekauft hat.

Vor wir ins Detail gehen, sei an die beiden schwersten bekanntgewordenen Kriminalfälle im Zusammenhang mit dem Tiroler Grundverkehr in den letzten Jahren erinnert: Buchen und Reith.

* Das Land Tirol hat dem deutschen Großindustriellen Liebherr dafür, daß es ihm sein Werk in Telfs subventioniert hat (siehe oben), einen Hotelbau in Buchen genehmigen müssen. Das hat Landeshauptmann Wallnöfer einmal gestanden (*TT*, 21.5.81). Wenn dann auf 7.397 qm rarem Boden ein 125 m langer Riegel hinbetoniert wird, wenn statt der genehmigten 350 Betten schlußendlich 800 auf der grünen Wiese stehen, dann läuft das alles unter "volkswirtschaftliches Interesse". Wenn man will, ist das Ausländergrundverkehrsgesetz ein großes Loch mit außen ein bißchen Gesetz drum herum. Und die größten Geldsäcke schlupfen mühelos.

* In Reith bei Seefeld durfte die dortige Pfarre 6000 qm Grund an die deutsche Nordgrundges.m.b.H. in Lübeck zur Errichtung eines Sport- und Kurhotels verkaufen. Die Grundverkehrsbehörde genehmigte den Verkauf, da "die aus dem Verkauf erfließenden Gelder der Restaurierung der Pfarrkirche Reith bei Seefeld und dem Umbau des Widums zugeführt werden". Heute steht dort ein aus fünf Häusern bestehender Hotelkomplex der deutschen Steigenberger AG (350 Betten), an dem 150 Ausländer Fruchtgeußrechte haben.

Heimatkunde

Wo man hinschaut im Land, haben entgegen den Gesetzen Ausländer den Inländern Siedlungsraum schon weggeschnappt. Da wie dort, in Osttirol wie im Außerfern, im Innsbrucker Raum wie im Kufsteiner Grenzgebiet, stehen Häuser und noch einmal Häuser dem einheimischen Wohnungsbedarf im Weg.

Man könnte, auch wenn man die "normalen" Häuser übergeht, über Seiten hinweg Appartmenthäuser und Hotels auf Tiroler Boden anführen, wo er nicht mehr Tirolern gehört. Vom "Alpenhof" in St. Jakob im Defreggen (deutsch) bis zum "Alpenkönig" in Reith (deutsch), vom "Quellhof" (deutsch) in Leutasch bis zum "Berghof" in Mutters (jap./holl.), vom "Exzelsior" in Seefeld (holländisch) bis zum "Clubhaus Wildschönau" (deutsch), vom "Goldried" in Matrei (schwedisch) bis zum "Fontana" (ungarisch) in Fieberbrunn, vom Hotel "Happy Stubai" in Neustift und dem Hotel "Happy Kirchberg", in denen zu mindestens fünfzig Prozent deutsches Geld steckt, bis zum "Hotel Bär & Tirol" in Ellmau (deutsch), vom "Interalpen-Hotel" (deutsch) in Buchen bis zum "Olympia" (deutsch) in Axams, vom "Schloßhotel" (saudisch) in Seefeld bis zum "Birkenwald" (schweizerisch) ebendort, vom "Parkhotel" (amerik.) in Kitzbühel bis zum "Tirotel" (deutsch) in der Wildschönau, vom "Goldenen Hirschen" in Pettneu am Arlberg (deutsch) bis zum "Gasthaus zum Toni" in Scharnitz (deutsch), von / bis ohne Ende, das heißt, bis wir diesem Spuk im Landhaus ein Ende setzen.

Um dies abzuschließen, ein kurzer Blick auf einige Hotelprojekte ausländischer Kapitalgruppen, die derzeit in Rede oder schon in Bau stehen: In Brixen im Thale klotzt eine finnische Gesellschaft einen Hotelkomplex von angeblich siebzig Metern Breite hin (*Kurier*, 6.5.88). In Reith im Alpbachtal will der bundesdeutsche Hotelkonzern Steigenberger "eine Luxusabsteige" (*Kurier*, 26.5.88) errichten. In Imst ist ein "Jet-Set-Hotel vor Spatenstich", mit 1.070 qm bebauter Fläche und 12.600 Kubikmetern umbauten Raum. Dabei steht nach dem zuständigen Stadtrat "ohne Zweifel ein Ausländer - wahrscheinlich ein finanzkräftiger Deutscher - hinter der Sache" (*Rundschau*, 3.11.88). In Waidring wollen sieben Amerikaner eine "Fünf-Sterne-Herberge mit 300 Betten" aufstellen (*TT*, 20.5.88). In Reith bei Kitzbühel sind "Franzosen und Deutsche", wie die *TT* (16.5.88) schreibt, "auf das Kapital Landschaft aus": Es geht um ein großes "Hotelbauvorhaben". In Heinfels in Osttirol will ein Südtiroler ein "Feriendorf mit 180 bis 200 Betten" hinstellen. In Sillian baut eine ungarische Gruppe ein 220-Betten-Hotel (*TT*, 27.6.87). Die französische Accor-Gruppe scheiterte 1988 ganz knapp beim Erwerb des Wilden Mannes in Innsbruck, und die Errichtung eines "Vier-Stern-Hotels beim Rapoldipark" durch die deutsche Penta-Hotel-Kette konnte 1989 - gegen den Willen der Ausverkäufer im Innsbrucker Magistrat - abgewehrt werden.

Aufhören! möchte man schreien. Und meint den, der die Liste führt. Aber damit der aufhören kann, müssen die Zustände aufhören. *Falsch*. Müssen

diese Zustände abgeschafft werden. *Falsch*. Müssen wir diese Zustände abschaffen!

Von sich aus ist kein Ende. Kapital sucht Verwertung, das ist sein Wesen. Man kann das verdammen, wenn man meint, damit etwas getan zu haben. Was immer man euch auch erzählen mag, es gibt sie, die große Gier nach Grund und Boden in Tirol. Deutsche, vor allem süddeutsche Zeitungen sind immer wieder voll von Immobilien-Angeboten aus Tirol.

Ständig wird Land, der Boden auf dem wir stehen, hergegeben. Man muß einmal einen Gedanken lang bei diesem Gedanken bleiben, damit es im Kopf schnackelt.

Die Berge sind schön. Aber die meiste Zeit lebt man im Tal. Lebt man auf vierzehn Prozent der Gesamtfläche.

Muß man es wirklich extra sagen: Das hier bei uns gehört denen hier bei uns. Allein das, daß wenigen hier viel und vielen hier nichts gehört, gibt Arbeit genug.



LH Wallnöfer schmückt den vom Lande reich beschenkten Herrn Liebherr mit dem "Ehrenzeichen des Landes" (1985).

Landesrat Bassetti über ausländische Investoren in Tirol:

"Ich würde sogar sagen, man sollte den Leuten ab einem gewissen Betrag einen Orden geben." (*Kurier*, 29.5.75)

Die EG gewinnt zunehmend an Boden bei uns

"Es gibt gnuag Deitsche, die versuachn, durch irgend a Hintertürl an Bauernhof zu kriagn. I möcht nit als oanziger übrigbleim, der den Deitschn nochher die Gartenmauern ausmahnt."

Jungbauer Christian Treichl aus Vill

bei einer EG-Diskussion in Innsbruck, 25.10.88

All das passiert tagaus tagein während wir die schärfsten Grundverkaufsbestimmungen haben. Was aber dann, wenn wir, was die von unsren Gnaden Regierenden anstreben, restlos von der EG verschlungen sein werden, wenn Tirol das Grundverkehrsgesetz, wie der Landwirtschaftsminister Fischler sagt, "ersatzlos streichen" muß? Der Landeshauptmann, als viele Jahre lang Vorsitzender der Landesgrundverkehrsbehörde mitverantwortlich für die oben geschilderten Zustände, wird dann eine beinharte "Bodenpolitik" machen. Der oberste EG-Einheizer im Land wörtlich: "Die Bodenpolitik muß auf jeden Fall in der Kompetenz des Landes bleiben!" (*TT*, 11.11.88). Und der Generalsekretär der Bundeswirtschaftskammer, die ihre Mitglieder mit deren Geld gegen ihr Interesse in die EG trommelt, sagt, obwohl er es anders weiß, es werde "zu keinem Ausverkauf von Grund und Boden kommen" (*TT*, 5.4.89). Und Andreas Khol ist sogar die Behauptung "Die Beschränkung des Grunderwerbs für Ausländer zum Zwecke des Baus von Zweitwohnsitzen kann nicht nur aufrecht erhalten, sondern sogar noch verschärft werden" (*EG-Broschüre der ÖVP*, 1989) nicht zu dreist.

Und was ist wahr? Erstens, daß dieses System, wo wir Leute anstellen, damit sie unsere Interessen vertreten, nie funktioniert. Und zweitens, daß Boden eine Ware ist - und in der EG freier Warenverkehr herrscht. Punkt. Es nutzt ja nix, den Landeshauptmann, der in eine Zeitung hineinplappert, es gelte "Zustände wie in Oberbayern zu vermeiden, wo 'ganze Gebiete zum Altersheim der Bundesrepublik' geworden seien" (*Standard*, 15.6.89), ein Arschloch zu nennen, wenn er sagt, daher sei "die Übernahme eines solchen EG-Rechtes für Tirol unmöglich" (*NTZ*, 15.6.89). Wir müssen fertig werden mit diesem Vertretungs-System, das für die Mehrheit der Menschen keines ist!

Wenn jemand gegen die Verramschung Tirols in der EG ist, dann sagt er nicht wie der Landeshauptmannstellvertreter Tanzer, "im Falle eines Beitritts würde in Tirol der Ausverkauf des Grundes einsetzen" (*TT*, 21.2.89), oder wie der Nationalratsabgeordnete Müller, "bei EG-Anschluß droht Ausverkauf der Heimat" (*Kurier*, 27.11.88), oder wie der Nationalratsabgeordnete Killisch-Horn, "bei einem eventuellen EG-Beitritt ist ein Ausverkauf der Heimat zu befürchten" (*Bauernzeitung*, 28.4.88), sondern er tritt der Auslieferung Österreichs an die EG in der Tat entgegen.

EG-Anschluß heißt:

* "Beschränkungen, die die Ansiedlung eines Betriebes aus einem EG-Land betreffen, können nach einem EG-Beitritt nicht mehr bestehen; dies

gilt auch für einen Berufstätigen, der sich eine Wohnung kauft oder mietet." (*Salzburger Handelskammer, Mai 1988*)

* "daß derzeit noch mögliche Beschränkungen des Grunderwerbes (sogar) ohne Berufsbezug nicht mehr aufrechterhalten werden können" (*LH Partl, schriftl. Beantwortung einer Anfrage, 9.5.88*).

* "jeder Unternehmer (z.B. Immobilienmakler) kann im Rahmen der Freiheit des Kapitalverkehrs Grundstücke kaufen. Die bisherigen Beschränkungen für den Ausländergrundverkehr entfallen." (*Univ.-Prof. N. Wimmer, SPÖ Innsbruck, Manuskript*)

Sie alle haben nicht den leisesten Zweifel daran, daß sie uns mit dem EG-Anschluß, den sie herbeiführen wollen, mit Haut und Haar, mit Haus und Hof verkaufen. Eine Reihe von wissenschaftlichen Untersuchungen macht dies zur Gewißheit: Jeder Unternehmer aus einem EG-Land darf sich in Österreich niederlassen und hier Grund erwerben. Jeder Arbeiter aus einem EG-Land, der in Österreich eine Arbeit annimmt, darf hier Wohnraum erwerben (wenn er kann). Grund und Boden sind Kapital, Immobilien sind Kapital. Und Kapital muß nach der EG-Regelung frei übertragbar sein. Das heißt Grundstücksmakler und Immobilienhändler dürfen nicht mehr behindert werden. Alles das, was einem Inländer erlaubt ist, muß einem Ausländer (EGler) auch erlaubt werden.

(*W. Burtscher, Ausländergrundverkehr und EG-Beitritt, Economy 8/89; H.-P. Strasser, Ausländergrunderwerb in Österreich, Diss., Ibk. 1989;*

P. Valentini, Die Europäischen Gemeinschaften und der Föderalismus - Auswirkungen eines EG-Beitrittes Österreichs auf das bundesstaatliche Prinzip, Diplomarbeit, Ibk. 1989)

Wie beim "Transitverkehr" versuchen uns, Politiker auch hier immer wieder mit dem Schmäh von der "Sonderregelung" irrezuführen oder - obwohl sie in Diskussionen hundertmal eines besseren belehrt worden sind - uns mit dem Hinweis auf Südtirol übers Ohr zu hauen, als ob nicht noch der letzte wüßte, daß auch dort noch nicht 1992 ist, daß Südtirol nicht neutrales Land ist und Südtirol nicht vor der Haustüre Münchens liegt. (Das kann man nicht vergleichen, so wie man schon den Bezirk Imst mit dem angrenzenden Bezirk Reutte nicht vergleichen kann.)

Zwischenfrage: Welches sind die Ausländerfeinde?

Jene, die meinen, zuerst sollten Menschen, die hier arbeiten, hier wie Menschen leben können, ob sie aus Jugoslawien oder woanders her kommen oder immer schon da waren, vor es sich jene richten, die hier für sich arbeiten lassen, ob sie jetzt immer schon da waren oder aus Deutschland oder woanders her kommen?

Sind die Ausländerfeinde nicht ganz eindeutig jene, die Ausländer, die ohne volle Taschen kommen, zu Schandlöhnen die gemeinsten Arbeiten tun lassen und von ihnen als von "Kontingenten" reden, um die in irgendwelchen Ministerbüros geschachert wird?

Was uns blüht

"Das Häuslbauen in Tirol können S' vergessen, wenn wir bei der EG sind."

Klaus Darbo (Fa. Darbo, Stans)

anläßlich einer EG-Diskussion in Innsbruck, 22.11.88

In manchen Jahren gibt es jetzt schon "bis zu 6000 Anträge von Ausländern auf Grunderwerb in Tirol", sagt der Landeshauptmann (NTZ, 16.11.88), der es wissen muß. Sechstausend - obwohl sie wissen, daß es eigentlich nicht geht! Wieviele wird es in einem in die EG hineingedruckten Österreich geben? Es wird gar keiner mehr nötig sein.

"Wer in diesem Zusammenhang im europäischen Binnenmarkt von 'Ausverkauf' spricht, der zeigt seinen Provinzialismus", sagt der deutsche EG-Politiker Hansjürgen Zahorka (*Vorarlberger Nachrichten*, 25.8.88), der sich in Sachen EG-Anschluß Österreichs besonders hervortut.

Seit die Politik in Österreich die Auslieferung unseres Landes an die EG angekündigt hat, steigen hier Grundstückspreise und Mietkosten. Seltsamerweise bestätigt dies ein Redakteur der Handelskammerzeitung "Tirols Wirtschaft", indem er es für nötig erachtet, das zu bestreiten. Robert Vinatzer, ein Windbeutel der Extraklasse, der bei bestehendem Ausländergrundverkehrsgesetz viele Jahre im Kurier große Worte gegen den Ausverkauf von Grund und Boden ans Ausland machte ("Tirol wird unterwandert", "Heute wird der österreichische Boden zum begehrten Spekulationsobjekt" - *Kurier*, 16.4.78 und 28.5.78), sieht jetzt - im Sold der zum EG-Anschluß hussenden Handelskammerfunktionäre - bei abgeschafftem Grundverkehrsgesetz kein Problem mehr. Im Gegenteil. "Der Trend läuft in die andere Richtung. Viele Deutsche bieten ihre Tiroler Freizeitobjekte zum Verkauf an. Und ein EG-Beitritt wird daran kaum etwas ändern. Tirol als Eldorado ausländischer Spekulanten und Zweitwohnungsinteressenten - das war einmal." (*Tirols Wirtschaft*, 18.6.88)

Wie schlimm muß es also um den Ausverkauf bestellt sein, wenn einer so hineingreifen muß! Und was auf uns zukommt, ist wirklich erschreckend: "Österreichs Immobilien international gefragt" titelte z.B. der *Standard* (31.5.89), und "Österreichs Immobilienmarkt erwacht - Ausländische Anleger drängen nach Wien" überschrieb die *Presse* einen großen Artikel (24.8.89). Die Wochenzeitung *Die Wirtschaft* schlagzeilte: "Immobilien-Boom wie seit 20 Jahren nicht: Die EG treibt" (20.12.88) "Ein EG-Beitritt", sagt dort der Innungsmeister der Salzburger Immobilienmakler, "würde im gesamten westlichen Bundesgebiet sicherlich zu noch erheblich größeren Marktzuwächsen führen, wegen des freien Wohnsitzes und der freien Niederlassung der Betriebe." In Zeitungen wirbt die Salzburger Wohnungseigentums-Bau AG so: "In Anbetracht der sich abzeichnenden Annäherung Österreichs an die EG bekunden zunehmend ausländische Investoren ihr Interesse an Salzburger Objekten. (...) Salzburg bietet die hervorragende Möglichkeit, ihr Geld krisensicher und gewinnbringend anzulegen." (Z.B. in: *Europastraße 6 / Österreichs Magazin für Autofahrer*, Sommer 88) Unter der mit einem scheinheiligen Fragezeichen versehenen Überschrift

GERD KELCH

EINGELANGT

RECHTSANWALTSKANZLEI

GERD KELCH

Tafelberg
A 2673 Breitenstein
Österreich

Telefon 0261-1113

Tafelberg 118

A 2673 Breitenstein

Herrn

A 6020 Innsbruck

Sehr geehrter Herr Doktor

auf Empfehlung von Herrn Sidlar aus Wienach darf ich mich mit folgendem Anliegen höflichst an Sie wenden.

Wir sind auf der Suche nach einem geeigneten Grundstück in oder um Seefeld in Tirol, auf dem wir uns ein geeignetes Einfamilienhaus als Alterssitz bauen können.

Grundstückgröße: ca. 1.000 - 2.000 qm

Hauswohnfläche : ca. 150 - 200 qm.

Es kann natürlich auch ein Grundstück mit entsprechendem Haus in Frage kommen, nur glauben wir, daß es evtl. schwerer zu finden sein wird.

Meine Frau und ich sind zwar deutsche Staatsangehörige, doch wohnen wir den größten Teil des Jahres (seit über 4 Jahren) in Österreich. Hauptwohnsitz für uns beide ist Monaco.

Wie ich hörte, besteht eine gewisse Möglichkeit, einen solchen Kauf über einen Treuhänder vorzunehmen.

Wie ich eingangs erwähnte, sollte ich mich in diesem Fall vertrauensvoll an Sie wenden mit der höflichen Bitte, uns wenn möglich bei der Realisierung dieses Planes zu helfen.

Indem ich mich vielmals für Ihre freundliche Mithewaltung bedanke, verbleibe ich

mit vorzüglicher Hochachtung

Auf den Schreibtischen der Zwischenhändler stapeln sich Anfragen wie diese: Brief an einen Innsbrucker Rechtsanwalt (Original)

"Tiroler Immobilien-Ausverkauf angesichts der EG-Anschluß-Bestrebungen" wird im *Kurier* (23.2.89) der Geschäftsführer des Immobilienbüros der Tiroler Sparkassen so zitiert: "Ich würde mir, wenn ich eine Million zu Anlagezwecken zur Verfügung hätte, eine Kleinwohnung in Innsbruck kaufen, denn die Risiken sind nicht allzu groß: Kommt die EG, steigt der Wert im Tiroler Raum exorbitant." Auch der Geschäftsbericht 1988 der großen österreichischen Maklerfirma "Residenz Realbesitz AG" redet den kommenden Ausverkauf nicht weg: "Die Nachfrage nach geeigneten Immobilien-Objekten erlebt derzeit eine Renaissance, wie sie schon seit Generationen nicht mehr der Fall war. (...) Bei Büroflächen ist im Zuge der erwarteten EG-Annäherung eine 'Internationalisierung' zu verspüren. (...) Für den Fall einer EG-Mitgliedschaft (oder einer weitgehenden Assoziierung) ist jedenfalls mit einem starken Anwachsen ausländischer Investitionen auf dem inländischen Immobilienmarkt und damit einem starken zusätzlichen Preisauftrieb zu rechnen."

Zuerst werden durch die EG-Politik die Bergbauern kleinweis umgebracht, dann gehen die besten Gründe in den Alpen an die mit dem meisten Geld. Wenn der Landeshauptmann sagt, es gibt gute Gründe für die EG, dann hat er ausnahmsweise recht. Großbanken (von der CA bis zur Sparkasse Ibk.) und Versicherungen (die der Münchner Allgemeinen gehörende Erste Allgemeine ist lt. "Presse" Österreichs größter Immobilienkäufer) legen jedenfalls seit Beginn der EG-Diskussion riesige Häusersammlungen und Liegenschaftsvorräte an, um am Tag des vollzogenen Anschlusses das Geschäft des Jahrhunderts zu machen.

Als der *Trend* österreichischen Maklern die Frage stellte: "Was bringt die Annäherung Österreichs an die EG für den heimischen Immobilienmarkt?", antwortete ein Herr Schmidinger vom Maklerbüro der Ersten österreichischen Sparkasse: "Auf jeden Fall eine starke Preissteigerung im Bereich der kommerziellen Liegenschaften. Schon jetzt kaufen Firmen aus der Schweiz und BRD Unternehmen mit einem interessanten Liegenschaftsanteil auf. Außerdem sollte der Wohnungsmarkt in Bewegung kommen. Wenn die Grundverkehrsgesetze fallen, werden die Preise weiter angeheizt."

Und der Geschäftsführer von Real Service Tirol, der Sparkassen-Firma, die heute schon ständig Tiroler Häuser u.ä. in deutschen Zeitungen anpreist, sagt auf dieselbe Frage: "Ich erwarte mir gewaltige Chancen: Die Mobilität dürfte steigen, und damit wird der Mietwohnungssektor interessanter. In den Fremdenverkehrsgebieten Westösterreichs kommt es durch kaufkräftige Deutsche zu einer verstärkten Nachfrage nach Appartements und Ferienwohnungen." (*Trend*, 3/89)

Vom Recht auf menschenwürdiges Wohnen steht im "Binnenmarkt-Programm" der EG nix. Den Menschen, die hier arbeiten und häufig den halben Lohn gleich wieder für die Wohnung abgeben müssen, werden die Mieten noch weiter hinaufgeschnalzt werden. Auch dieses Beispiel zeigt nur, wie unterlegen die Mehrheit in einer kapitalistischen Demokratie ist.

Warnende Beispiele

Was dem EG-Anwärter Österreich blüht, zeigt ein Blick auf die jüngsten Mitglieder der EG: Griechenland, Portugal, Spanien. Wie bei einem Überfall hat sich das große Geld der reichen EG-Staaten auf Immobilien und Grundstücke dieser Länder geworfen. Griechenland wußte sich nicht anders gegen den Ausverkauf zur Wehr zu setzen, als 55 Prozent des Landes unter dem Titel Grenzregion zu militärischem Sicherheitsgebiet zu erklären und damit den Ausländergrunderwerb zu beschränken. Ist das vielleicht die Lösung für Tirol? Der Gerichtshof der EG hat mit Spruch vom 30.5.1989 diese Beschränkungen für unzulässig erklärt.

Auch Portugal, das 1986 der EG eingegliedert wurde, wird von Aufkäufern heimgesucht. Unter dem Titel "Portugal: Vor allem Immobilien sind bei den Ausländern gefragt" schrieb das deutsche *Handelsblatt* im letzten Sommer: "Nach den Anlagebereichen steht der Immobiliensektor auf dem ersten Platz der ausländischen Direktinvestitionen mit nahezu der Hälfte der gesamten ausländischen Direktinvestitionen." Und: "Mit Besorgnis wird sowohl in Wirtschafts- als auch in Behördenkreisen der anhaltend hohe Anteil von Investitionen im Immobilienbereich beobachtet." (*Handelsblatt*, 20.7.89)

Am erschreckendsten sehen wir an Spanien, was uns in der EG erwartet. Der *Spiegel* schrieb über das erste EG-Jahr der Spanier: "Für 2,8 Milliarden Mark wurden Immobilien gekauft - die Preise für Grundstücke und Gebäude haben sich in Madrid und Barcelona in zwei Jahren verdreifacht. 'Es regnet Geld', sagt die Madrider Maklerin Rosa Tous." (18.10.87) Der *Standard* beobachtet einen "Wettlauf um spanischen Boden": "Industrie- und Gewerbegrundstücke, so der Immobilienmakler Arriba-Ramirez, konnten im abgelaufenen Jahr durchschnittliche Preissteigerungen von 40 Prozent erzielen. Neben den Arabern waren es vor allem die EG-Länder, die 1988 so stark wie noch nie zuvor in spanischen Grund und Boden investiert haben." "Auslandsfirmen strömten ins Land, die Büroräume und Wohnmöglichkeiten für ihre Manager brauchten. Schließlich entdeckten institutionelle Anleger den lukrativen Immobilienmarkt." (*Standard-Immobilien-Kompodium*, Oktober 1989)

Heute ist es in Spanien so, daß bedeutende Teile der spanischen Fremdenverkehrsindustrie schon in den Händen ausländischer Geldmacher sind.

Der "österreichische" Fremdenverkehr

Auch so manche in Österreich ausgegebene Mark ist schneller in der BRD zurück als der Urlauber, der sie hier ausgegeben hat. (In FOEHN 6 steht viel über die großen inländischen und großen ausländischen Profiteure am österreichischen Fremdenverkehr.) Wenn es der EG mit Hilfe ihrer hiesigen Zuarbeiter gelänge, sich dieses Land anzuschließen, würde der Anteil der ausländischen Nutznießer am Tourismusgeschäft "explodieren". Die Niederlassungsfreiheit der EG erlaubt es jedem Staatsbürger eines Mitgliedslandes, hier einen Beherbergungsbetrieb, eine Gastwirtschaft, ein

Geschäft, eine Wechselbank aufzumachen. Daß sich jene Tiroler Stammgäste, sagen wir aus der Bundesrepublik Deutschland und aus Holland, die es möchten und es sich leisten können, hier ein Apartment, eine Ferienwohnung, ein Einfamilienhäuschen erwerben können, sei hier nur erwähnt. Der FV-Experte des Wirtschaftsforschungsinstituts, Egon Smeral, sagt voraus, "die Niederlassungsfreiheit würde auch ausländisches Kapital nach Österreich locken. Den heimischen Beherbergungsbetrieben könnte 'der Wind dann ganz schön ins Gesicht blasen'". (*TT*, 1.2.88) Auch die Tiroler Handelskammer kommt in einer hauseigenen Untersuchung zum Schluß: "Die primären Markteinbruchsgefahren werden von einer erhöhten ausländischen Nachfrage im Bereich gewerblicher FV-Objekte (Hotel- und Gastbetriebe, Seilbahnen) ausgehen". (*Auswirkungen eines EG-Beitritts Österreichs auf das Tiroler Verkehrs- und Fremdenverkehrsgewerbe*, 1989) Trotzdem hetzt die Kammer die brav Kammerbeiträge zahlenden kleinen Mitglieder in die EG hinein.

Die Abteilung Landesplanung im Landhaus in Innsbruck hat in einer internen (!) Stellungnahme zum angepeilten EG-Anschluß ganz klar festgestellt: "Tirol als Fremdenverkehrsland wird als Magnet für Kapital aus dem EG-Raum dienen, das im Fremdenverkehr investieren will (Appartements, Seilbahnen, Lifte)." Es hieße sich selber anhängen, wollte man meinen, der Landeshauptmann, die Landesregierung, die Landtagsabgeordneten wüßten nicht, in was sie uns da hineintreiben. Sie wissen es und sie treiben uns hinein. Wenn wir dem auskommen wollen, müssen wir hier klar sehen.

Kapital drängt dahin, wo Profit winkt. Ausländisches Kapital drängt in Österreich seit Jahren stark in das Geschäft mit den Touristen, an Beispielen haben wir es oben gezeigt. Die größte französische Hotelkette, Accor, ist bereits die größte "österreichische" (ibis-Hotels, Novotel-Hotels, Mercure-Hotels usw.) und breitet sich weiter aus. Die deutsche Steigenberger Hotel AG will "rund eine Milliarde Schilling in Projekte in Österreich investieren" (*Standard*, 26.8.89). Usw. Jeder Hotelier im Alpen-Gebiet wird sich künftig im Alpen-Gebiet sanieren können. Usw. In einer Fachtagung, also quasi hinter dem Rücken der Bevölkerung, hat auch Landeshauptmann Partl gesagt, es "wird problematisch sein", "den Kauf von Hotels, Appartements, Freizeiteinrichtungen oder anderen Fremdenverkehrseinrichtungen durch Ausländer künftig zu untersagen" (*EG-Symposium in Mayrhofen*, 15.-18.11.88). Was durch die Raumordnung weiterhin möglich sein würde, wäre die Bindung der Grundfläche an eine bestimmte Nutzung, für Inländer gleich wie für Ausländer. No, an welche Nutzung wird der Grund in den Fremdenverkehrsorten gebunden sein?

Die Österreichische "Akademie der Wissenschaften fürchtet Ausverkauf an Tourismus", so faßt die *TT* eine Untersuchung verschiedener Forscher über Auswirkungen eines Anschlusses Österreichs an die EG zusammen. "Durch ausländisches Kapital würden ganze 'Freizeitstädte' mit Apartmentwohnungen für Ausländer entstehen." (*TT*, 21.11.88) In der Studie selbst schreibt der Klagenfurter Universitätsdozent F. Zimmermann über

die Folgen der Anschluß-Politik: "Die Freiheit der Niederlassung von Unternehmungen würde durch den zu erwartenden Druck der kommerzialisierten Großhotellerie zu einer völligen Überformung der individuellen Familienbetriebsstruktur führen. Die Privatzimmervermietung und die Familienpensionen würden sukzessive (*nach und nach*) verschwinden, womit sich auch die Partizipation (*Teilhabe*) der Einheimischen an der touristischen Wertschöpfung deutlich verringern würde." "Der Kapitaltransfer nach Österreich würde eine fremdgesteuerte Tourismusentwicklung bedingen, und ein massiver Ertragsabfluß ins Ausland wäre zu erwarten", schreibt Zimmermann weiter. Und: "Es bestünde die Gefahr einer ähnlichen Situation wie sie in Entwicklungsländern anzutreffen ist, wo der gewinnbringende Tourismus in erster Linie von den Auswärtigen getragen wird." (*Wiedergegeben aus der bei der Pressekonferenz in Wien am 18.11.88 vorgelegten Kurzfassung*)

Mir geht es nicht darum, zu zeigen, daß oder wie auch dem Fremdenverkehr der Ausverkauf droht, sondern, zu zeigen, wie die von den Österreichern gewählten österreichischen Politiker Österreich zielstrebig in den Dreck führen. Daß D-Mark und Gulden ins Land hereindrängen, kann man ja verstehen, aber daß die unseren uns ausliefern, das möchte man lieber nicht in seinem Kopf drinhaben.

Laufend Sonderangebote

Für eine gesunde Volkswirtschaft ist der Anteil des Fremdenverkehrs in Tirol, z.B., um mindestens die Hälfte zu groß. Das ist ein eigenes Thema. Hier nocheinmal zur Gefahr des Ausverkaufs, auf die gerade dieser Wirtschaftszweig (was sag ich! *Wirtschaftsstamm*) hintreibt. Die Eigenkapitalquote im Tiroler Fremdenverkehr liegt unter zwanzig Prozent (*TT*, 26.8.87), was Einkäufern beste Chancen bei breitem Angebot eröffnet. Die Betriebe der Tourismusbranche in Österreich sind mit über sieben Milliarden verschuldet (*Tirols Wirtschaft*, 8.4.89), nein, mit dreiundachtzig Milliarden verschuldet (*TT*, 10.2.90), das heißt, daß jedes Fremdenbett in Österreich im Schnitt mit 50.000 Schilling in der Kreide steht (*Kurier*, 19.1.88). Idealere Bedingungen für Anlage suchendes ausländisches Kapital lassen sich nicht denken. An der Spitze der Insolvenzen steht immer wieder das Gastgewerbe, 1988 machten in Tirol laut Kreditschutzverband 60 Hotels und Gaststätten pleite (*Kurier*, 31.12.88), bei vielen weiteren war ein Insolvenzverfahren anhängig. In Salzburg waren 1988 529 Betriebe der Fremdenverkehrsbranche von einem solchen Verfahren betroffen. In Südtirol, auf das mit Fingern als Vorbild gezeigt wird, ist alles noch viel schlimmer: "Derzeit gibt es monatlich fünfzig Versteigerungen", klagt ein Hotelier im Etschtal. 'Die Banken kaufen jetzt Häuser um 20 Prozent ihres wahren Wertes auf, weil die Gastwirte die Kreditraten nicht mehr zahlen können.'" (*Profil*, 26.5.86)

Welche Lawine an Bankrotten ein paar schneearme Wochen hier auslösen können, haben die drei vergangenen Winter gezeigt. Im Jänner 1988 gab

es in Tirol einen "Banken-Gipfel", um Stundungen der Kreditzahlungen zu erreichen (TT, 21.1.88). Seilbahnen im Unterinntal hatten z.T. nicht einmal ein Viertel des kalkulierten Umsatzes (TT, 23.1.88).

Ein Jahr später lag vor allem in Osttirol und in Kärnten kein Schnee. Bei den Lienzer Bergbahnen ging die Zahl der Beförderungen in den ersten Saisonwochen um rund 50 Prozent zurück (TT, 13.1.89). Über die Lage in Kärnten schrieb der Kurier: "Der beständige Schneemangel beschert Kärntens Liftbesitzern, Wirten und Hoteliers nicht nur schmerzhaft umsatzeinbußen, sondern teilweise auch gewaltige Liquiditätsprobleme." Es gab einen "Winterkrisengipfel" in Klagenfurt, Banken starteten Hilfsaktionen mit Billigstkrediten. Allein die Umsatzeinbußen der Kärntner Bergbahnbetriebe wurden mit zweihundert Millionen Schilling angegeben, bei den Liften sollen sie noch größer gewesen sein. (Salzburger Nachrichten, 2.3.89) Die dramatischen Meldungen über den heurigen Winter sind noch in bester Erinnerung.

Kurz gesagt, der aufgeblasene Fremdenverkehr in Österreich ist ein anfälliges Gewerbe, und Betriebe drohen bei geringster Belastung wie eine reife Frucht in die ins Land hereingereckten Hände zu plumpsen.

Schneemangel: Hotels in Not
Der Schneemangel bringt eine Teilkehr bei dem Cschäfts Huben Bankte heißt

Schneemangel bringt FV in Kreditprobleme
INNSBRUCK. Die außergewöhnlich kalte Wintertage in Tirol...

Große Verluste der Liftbetriebe
SANKT L. (e. z.). Einem kleinen Einblick von der Schneemangel ungewöhnlich verliert bei der jüngsten Bürgermeisterin 10 Prozent in Gegend bei den Nächsten Unternehmen nicht einmal ein Viertel die Liftbetriebe... Vom 19. Jan. 1988

Schneemangel: Kammeraktion für Betriebe

Westreicher für Kreditstundung
Komm. Rat Hugo Wein...

"Schneekrise" bringt Wirte ins Schleudern
Schmerzhaft Einbußen für Hoteliers und Untertouristen

Osttirols Bergbahnen Opfer des Wetters
Landeshilfe im Gespräch

Durch Schneemangel in Krise geschlittert
Hundert Millionen ein

Nach Investitionen schwere Einbußen - Landeshilfe im Gespräch

Wochenkarte mit einmündigen und damit spürbar zum Verfallende zu bringen. Die Einschließung des Thurns bei Sillian um 100 Millionen Schilling geht in die Jahre. Der erste Außenbau der Kabine wurde...

Panik im Fremdenverkehr
Gäste stornieren...

Der Schneemangel bringt viele Wirte an den Rand des Ruins

Wirt wollen Stornogebühren kassieren

FV klagt über hohe Kreditzinsen

Nur Schnee kann vor der Pleite retten

TIROL

Dieses Wetter ist verückt: Temperaturen im Plus, Lift im Minus. Schneefall und Hotelabsatz gleich Null...

Winter 1988 - Winter 1989 - Winter 1990

Heimatkunde 2

Als Folge eines EG-Anschlusses, würde - wie nicht ich sage, sondern die Abt. 1c Landesplanung im Landhaus zu Innsbruck sagt - Kapital aus dem EG-Raum besonders in Seilbahnen und Lifte in Tirol investieren. Was hier an Aufstiegshilfen heute schon ausländischem Geld gehört, darüber im folgenden einige Andeutungen:

A) Lifte, die Geldleute aus dem Ausland hier errichtet haben:

Die Rofelewand Bergbahn GesmbH im Pitztal wurde von Schweizern gegründet und ging später in deutsche Hände über. *Oder:* In Ehrwald haben sich seinerzeit fünf Schweizer Jagdpächter mehrheitlich an der Gondellift AG beteiligt. *Oder:* In Fulpmes war die deutsche "Schiele Seilbahnen AG" beim Bau des Froneben-Liftes dabei. *Oder:* In Sellrain wurde vom deutschen Holzmann-Konzern die Seiges-"Erschließung" betrieben. *Oder:* Die Gerloser Seilbahn-Beteiligungs-GesmbH gehörte einmal dem Essener Bankhaus Gossenberg & Co. *Oder:* Die Skiliftgesellschaft Hochfügen wurde seinerzeit von drei Kaufleuten aus der BRD gegründet. Auch wenn sich mittlerweile die Besitzverhältnisse verschoben haben mögen, die Rofelewandbahn eingestellt und die Seiges-"Erschließung" verhindert wurde, zeigen diese Beispiele, die für andere stehen, wie verlockend es ist, im Tiroler Fremdenverkehr zu investieren.

B) Lifte, an denen ausländische Gesellschafter oder Aktionäre beteiligt sind:

Hier gibt es ein wahres Heer von Stroh Männern, die für ausländische Geldanleger stehen. Offiziell dagegen ist, daß z.B. in der Bergbahn- und Skiliftgesellschaft in St. Jakob im Defreggen ausländische Gesellschafter sitzen. *Oder,* daß in der Schilift-Zentrum-Gerlos GesmbH italienisches Geld dabei ist, genauso wie bei den Zeller Bergbahnen deutsches dabei ist. Auch unter den 117 Aktionären der Tuxer Bergbahnen AG sind nicht wenige ausländische. Und so weiter.

C) Lifte, die ganz oder zu großen Teilen für nichtösterreichisches Kapital laufen:

Beispiel Stubai: Inserate in deutschen Zeitungen lockten seinerzeit viele Ausländer mit ihrem Geld ins Stubai. An der Wintersport Tirol AG & Co KG, der auch Hotels und Sporthäuser gehören, sind 235 - zum allergrößten Teil - deutsche Kommanditisten beteiligt. Nicht von ungefähr hat den Vorsitz im Aufsichtsrat der deutsche Bankier Thelen. *Oder:* Besitzer der Rangger Köpfl-Bergbahnen ist der kanadische Geschäftsmann Egon Wurmbock. *Oder:* Die Schatzbergbahn in Auffach gehört mehrheitlich dem Berliner Kaufmann Krogmann, dem auch die Wildschönauer Bergliftgesellschaft gehört. *Oder:* An den Scheffauer Bergbahnen sind einhundert deutsche und ungefähr zehn holländische Kommanditisten beteiligt. *Oder:* Als ein letztes, aber gewiß nicht als das letzte Beispiel: In Söll finanzierten "vier deutsche Millionäre" (*Kurier*, 5.6.75) "die Erschließung des Skigebietes Hochoßl-Hohe Salve." Heute halten fünf deutsche Staatsbürger, darunter der Sekt-Industrielle Henkell, 78 Prozent. Und so weiter.

Jagd auf Tirol

Wer weiß schon, daß der größte private Wald-Besitzer in Tirol der deutsche Graf von Sachsen-Coburg und Gotha (2.300 ha Karwendel) ist? Wer weiß schon, daß der zweitgrößte private Wald-Besitzer in Tirol die französische Industriellen-Familie Darblay (2.163 ha in der Kelchsau) ist? So weit sind die meisten im Heimatkundeunterricht nie gekommen.

Der gegen uns angepeilte EG-Einschluß Österreichs würde selbstverständlich auch den österreichischen Wald zur europäischen Handelsware machen. Auf den dann möglichen "Aufkauf von Großforsten für Jagdzwecke" weist die bereits erwähnte Untersuchung der Akademie der Wissenschaften ausdrücklich hin.

"Der bundesdeutsche Jäger (aber auch alle anderen) hätte bei einem EG-Beitritt Österreichs auch problemlos die Möglichkeit, durch Grunderwerb (z.B. billige Extensivflächen, die im Zuge der EG-Agrarpolitik anfallen) bei Verpachtungen mitzureden.

Österreichische Behörden könnten einem 'EG-Bürger' den Kauf von Grund und Boden auch dann nicht verwehren, wenn dieser von Österreichern vordringlicher benötigt würde."

(Jagd in Tirol, 11/1989)

Was wir in der Schule auch nie durchgenommen haben, ist: Tirol als Jagdkolonie deutscher, schweizerischer, italienischer Geldleute. Heute sind in Tirol 255 Jagdgebiete an Ausländer verpachtet (*Bauernzeitung*, 20.8.87). Zweihundertfünfundfünfzig! Das sind 38,6 Prozent aller verpachteten Jagden in Tirol. Nicht einbezogen in diese Rechnung sind die selbst genutzten Eigenjagden, wo allerdings auch wieder, siehe Coburg, Darblay usw., Ausländer aufscheinen. Wenn man statt auf die statistische Zahl der von Nichtösterreichern gepachteten Jagden auf die Größe der gepachteten Jagdflächen oder gar auf deren Qualität schaut, muß man erkennen, daß über die Hälfte der Jagdpacht in Tirol in ausländischen Händen ist. Die "großen Reviere (über 2000 Hektar)" können, schrieb der *Kurier* einmal (24.4.75), "als ausgesprochene Domäne ausländischer Jagdpächter bezeichnet werden". Und ein andermal hieß es dort: "Alle Großjagden in Tirol wie etwa Karwendel oder Außerfern sind fest in ausländischer Hand." (*Kurier*, 6.3.79) Vor elf Jahren sprach man davon, heute ist alles noch viel schlimmer. Der Tiroler Landesjägermeister hat dazu kürz-

*) Wer weiß schon, wieviele Burgen und Schlösser in Tirol ausländische Burg- und Schloßherren haben?

Um nur ein paar solcher Ansitze, zu denen häufig auch ein großer Fetzen Wald gehört, zu nennen: Schloß Matzen bei Brixlegg, Schloß Lichtwehrl bei Münster und Schloß Laudeck bei Ladis haben amerikanische Eigentümer, Schloß Kropfberg in Reith bei Brixlegg gehört einem Italiener wie auch Schloß Vellenberg in Götzens einem Italiener gehört, Schloß Petersberg bei Silz gehört Deutschen, Schloß Wiesberg bei Tobadill gehört Deutschen, Schloß Thierberg bei Kufstein gehört Deutschen, Schloß Klamm bei Obsteig gehört Deutschen ...

lich einen Kommentar abgegeben, der es wert ist, Späteren aufbewahrt zu werden: "Wir kommen ohne die Ausländer schwer aus, denn eine gesunde Mischung tut nur gut!" (*Kurier*, 22.11.89) Braucht nur noch ergänzt zu werden, daß natürlich auch viele Tiroler Jagdpächter lediglich als Strohänner für ausländische Jagdherren (die in keiner Statistik aufscheinen) stehen.

Über die Landesjagd, das heißt über die Jagden, die das Land Tirol "für Repräsentationszwecke" gepachtet hat, die eine im Pitztal, die andere in Wiesing, wollen wir hier nicht reden. Es ist kein Geheimnis, daß vor allem in der 23.458 ha großen Jagd im Pitztal, die es seinerzeit schon jagdgeilen Nazibonzen angetan hatte, u.a. bayerische Spitzenpolitiker von Strauß bis Jaumann auf unser Vieh losgegangen sind. Das Landeskontrollamt hat 1988 diese "repräsentative Schußpraxis" gerügt.

In Bulgarien, heißt es, seien die Nobeljagden jetzt den herausgefressenen Parteibonzen entzogen worden. Staatschef Schiwkow habe - *Kurier*, 6.12.89 - sechs Jagdreviere besessen, die jetzt gegen West-Devisen genutzt werden könnten. Das nenn ich Fortschritt! Damit sind sie schon fast so weit wie wir.

"Es gibt viele, viele ausländische Unternehmen, die in Tirol eine Jagd gepachtet haben." (Landesjägermeister, Dr. Rudolf Wieser, am 1.9.89 in der *Mittagslandesrundschau*) Dazu muß man wissen, daß die Tiroler Landesregierung, die unser Land nach der Auslieferung an die EG ja so schützen will, nach dem derzeitigen Tiroler Jagdgesetz jede Verpachtung einer Jagd erst genehmigen muß. Dabei hat das Land die Zustimmung zu versagen, wenn "die Verpachtung öffentlichen Interessen zuwiderläuft." Es ist kein Fall bekannt, in dem einem ausländischen Antragsteller die Genehmigung zum Abschluß eines Jagdpachtvertrages verweigert worden ist.

Das sind nicht nur Mengen auf dem Papier, statistische Werte, Prozentpunkte, die Landpächter sind wirklich da, mit Rover und Jagdhaus und mitunter mit Privatmaschine am Innsbrucker Flughafen! Da der Landesjägermeister meint, es sich angesichts solcher Verhältnisse noch leisten zu können, auf eine schriftliche Anfrage des FOEHN einfach nicht zu antworten, so sei hier wieder ein Ausschnitt der Tiroler Wirklichkeit vorgeführt.

Heimatkunde 3

Die französische Bankerfamilie Edmund und Nadine *de Rothschild* hat die Jagd in Mathon im Paznaun. Die deutschen Bankiers *Rothschild* haben die Jagd im Karwendel. *Opel* hat eine Jagd in Tirol, genauso wie *Sekt-Henkell*. Der *Krupp*-Konzern hat die Jagd in Gerlos und der *Mannesmann*-Konzern hat die Jagd im Stillupptal. Der deutsche Getränke-Fabrikant *Underberg* hat fünf Jagden im Achenseegebiet und der italienische Weinhändler *Antinori* hat seine Jagd in der Kelchsau. Der deutsche Brau-Industrielle *Dinkelacker* hat die Jagd in Steeg und der deutsche Miederwarenerzeuger *Anita* hat sie in Matrei in Osttirol. Die deutsche Baufirma *Hochtief AG* hat

**Herrliches
Schiebteil Tirol**
zu verk., 1a Zustand! Lifтанlagen, Rest.,
Alm, Grundst. f. gr. Hotelanlage.
IMMO Tel. 089/8572101, Fax 089/8572771.

Gelegenl., Taubheimer Tal/Tirol/Landhaus
sehr schön geleg., stabile Bauweise, gepf.,
kompl. Einrichtung, 7 Zi., Kü., 2 Bäd., 2 WC,
Öl-Hiz., ausfam. Gründen zu verk.
Belastungsfrei - kein Notverkauf.
Angr. unter 252461869 an SZ

Pension mit 40 Betten und einer Großwhg.
in Hochfügen/Zillertal zu verkaufen.
VB DM 1.050.000,- ☎0043/222/232207

Sonnenhang, beaufr., in St. Anton/Arbergr.
☎08151/6719 ab 20.00 Uhr

Skiparadies Schaffer/Tirol,
herrl. Einfamilienhaus mit 2 App.,
240 m², in Südlage, an
Auslands-Österreicher zu verk.
☎0043/5356/8343

Für Deutsche erwerbbar!!
Wohnhaus (Ferienhaus) in Österreich,
Elmau bei Kitzbühl, WF 104 m², BG:
3 Zi., Kü., Bad/WC, OG; 2 Zi., Kü., Bad/WC,
ÖZH, möbl., 730 m² Grd., VB DM 435.000,
zu verkaufen.
Waldener Immobilien-Gesellschaft,
☎0043/22157

● **Landhaus Nähe Kitzbühl** ●
in Westendorf, ca. 120 m² Wfl., 2 Einheiten,
920 m² Grund, gute, ruhige Waldrandlage,
auch f. Deutsche erwerbbar, DM 670.000,-
GBA GmbH Immobilien, ☎089/243040/49

HERRENSITZ KITZBÜHEL TRAUMLAGE
450 m² Wohnfläche, Keller, Tiefkeller, Bj. 1959, über 2000 m² Grund mit
altem Baumbestand, Hahnenkamm-Skifahrt bis zum Haus, Direkt an der
Loipe, Zentrumsnähe, Exklusivster Standort, DM 1,7 Mio. Kein Makler.
Kontakt über FAX BRD 08671-13093

Eigentumswohnung im Hotel Berghof****
Elmau/Tirol, 64 m², komplette Ausstattung,
traumhafter Blick auf den goldenen Kaiser,
direkter Liftanschluß zum Schizkurs.
DM 250.000,- ☎0043/225742700

Hotel, Kirchberg b. Kitzbühl
Bj. 75, mod. Ausstattung, derzeit 90 Betten, erweiterungsfähig, sofort zu verkaufen.
KPD M 7,8 Mio. FCI-Dr. Fischer Industrie- und Gewerbe-Imm. GmbH, ☎089/435977

Achtung Gelegenheits! Maklerfrei, gemittl.
Haus, 4 1/2 Zi., ca. 90 m², Zirkelstube m.
Kachelofen, auf gleichen Grd. kl. Haus, 2
Zi., beide Häuser kpl. möbl., Nh. Kitzbühl.
VB 470.000,- DM. ☎0043/5355/5255

Traumhaft geleg. Maison-ETW, Südhang.
Blick Bb. ges. Intert., 5 Mio. Seefeld/Tirol,
1 Autost. v. Mtl., komplett möbliert,
viele Extras, Kachelofen etc., ca. 110 m²,
DM 345.000,- ☎0043/5356/37574 od. ab
Mo. ☎089/243040

Wochenendhaus
Na Axamer Lizum (b. Innsbruck), 475.000,
Immobilien Bruckers, ☎08158/7341

Seefeld/Neuleutensch
Hotel/Gasthof, mit 9.000 m² Grd.,
sehr gute Lage, sämtl. Sportmöglich-
keiten in der Nähe, VP DM 1,5 Mio.

Wir bieten an:
* Sonnige Grundstücke (privat und gewerblich)
* Ein- und Mehrfamilienhäuser in sonnigen Lagen
* Industrieobjekte
* Gastronomische Objekte in jeder Größe (Kauf und Pacht)
* Rendite-Immobilien
Fragen Sie uns!!
Wir wissen, was es geht!!
Das Sparkassen Real Service Tirol
☎0043/5412 256315 oder 16 - Fax: 0043/5412/256317

Die Gelegenheit!
Bergwochenendhaus
Traumlage Sellrain/Kühtal ca. 20 km Inns-
bruck, 3 Zi., Wohnkü., Bad, WC, Abstellr.,
kompl. einger., (Bauernstube, einseh. Ge-
schirr) voll unterk., Topsoil, ca. 450 m²
Grd., DM 230.000,-, Alleinauftrag
M. Giese Immobilien ☎0035/4897

Landhaus in herrlicher Lage in Tirol für nur
DM 195.000,- zu verkaufen.
☎0043/5358/2437 oder Fax 3393

**restauriert/Alte, 2. Stockwerk, Ver-
dachtsraum, Tennisplatz, 1. Handlung mit**
550 m², Saunalanne mit 130
m², Pool und 100 m² Sitzplätze und
amer. 3-Zimmer-Wohnung, in sehr
guter Lage in Tirol zu verkaufen.
Weitere Auskünfte:
Telefon 00 43 756 72 26 24.

Landhaus - Kaiserwinkel/Tirol
Tuhle, sonnige Lage, beste Hausposition, Nähe 1.8 km Golfplatz, Wfl. 150 m²,
schöner Möbelschrein, DM 450.000,-, WÜRTH IMMOBILIEN KÖLN, ☎089/4412029

Seefeld, Wochenendhaus, 1500 m²,
v. Pstr. zu verk., Wfl. 63 m², Grund 500 m²,
vollmöbl., Wasser, Strom, ZH, Dusche, WC,
Bik., ☎41534089 Ma-Fe 9-16h

Erwald/Tirol, Alpengebiet mit
Tennisanlage, Restaurant und Café
trunkst. Alpbach, 52 km
Sonder-Tagungsleistungen, KPl. 5 Mio.
Immobilien-Vermittlung Eva Berg
1150 Hohenleiten, ☎08124 4218

Kitzbühl:
besten eingeführter Bar-u. Restaurants-
betriebe, 80 Sitzpl., 40 Bierplätze, 80 Terras-
seplätze, langfristig zu verpachten
Inge-Muse Immobilien ☎0043/5356/5489

Ein-Haus im Zillertal, Bj. 53, 7 Zi.,
Einbauk., Bad/Küche, ca. 800 m² Grd.,
1000 m (Seefeld) Ang. u. in 732780639

Baugrund in Niederau
(Wildschönau-Tirol),
geeignet für Freizeidverkehrtent
oder Wohnbau. Sehr schöne Lage
nahe Ski-Lift (10 St.) auf 150 Meter
Erreicht mit Baugewerkzeug und
Baugerät. Preis ab DM 220,- je m²
Kk abhängig von m² Abnahme. Lo-
sing/Finanzierung möglich für 50%
Letzte Möglichkeit für Ausländer
H.M.S.-NIEDERLAU-
☎0031/1425/5488 (W.L. Minlan)

Landhaus in Westendorf
im Kirchhof, 1100 m², 10 km Wfl.
Wfl. 100 m², sehr hoher Preis, auch für
Deutsche erwerbbar, DM 774.000,-
GBA GmbH, Immobilien ☎089/243040-89

TIROL
SEEFELD - LEUTASCH
Sonnige 1- bis 3-Zimmer-Terrassen-
Wohnungen in herrlicher Panoraa-
lage - exklusives Objekt im sonnen-
reichen, wunderschönen Walsen-
sport-Olympagebiet, 1200 m Höhe,
ausmalige Fußgänger-1. Platz,
trend-immobilien.
☎0043/5321/575151

Sehr schöne Pension mit traumhaft
schöner Grundstück Taubenthal,
etc. + Bg. ausgebaut, für Ausländer und U.
erwerbbar, KPl DM 1 Mio.
Alleinauftrag:
Das Sparkassen Real Service Tirol
Unterwiesing 11, A-6060 Garschitz/Tirol

Gastelgeführtes
gastonomisches Unternehmen
HOTEL/RESTAURANT
im Bezirk Reutte/Tirol, 14 km
von Pöchlarn, Nähe Pöchlarn/
Obermergen, mit 30 Betten,
alle DU/WC od. Bad/WC, groß-
teils mit Balkon, Restaurations-
räume mit ca. 120 Sitzplätzen,
Kellerbar/Discothek (schall-
dicht), Gartenterrasse mit
80 Sitzplätzen und Liegewiese.
Großer Parkplatz, auch für Bus-
se geeignet. Grundstück ca.
1400 m². Aus gesundheitlichen
Gründen zu verkaufen.
VB 1,1 Mio. DM,
Angebote u. 30 252007235 an SZ

Ein Kurzurlaub von München, sonnige
2-Zimmerwohnung, Küche, Bad, Balkon,
Keller, in St. Johann/Tirol 1000,- oder
Ferienwohnung z. verkaufen, KPl 150.000,-
Zustand siehe an 252004817 ab Mo.

Österreich/Walchense-Tal
Nähe Kitzbühl
Sehr reizvolles Jagdhof, off. Kamin, Holz-
verfeuerung, 3 SZ/Kb./Bad, gr. Terr. Gar.,
ca. 1300 m² Grd., KPl DM 450.000,-
KOM-De Fleckenstein GmbH, ☎087/915134

Wohn- und Geschäftshaus, in Lage in
REUTE/Tirol, direkt an neuer Hauptstr.
Lage, für viele Branchen geeignet,
Grundstück, Garagen, umschließender zu-
gekaufter Kaufpreis, 65 5 Mio. VB Spar-
kassen Real Service ☎0043/5412/2561
oder ☎0043/542/24575

die Jagd in Imst und der deutsche Bekleidungsgigant *C&A* hat die Jagd in Bach im Lechtal. Der Südtiroler Leuchtenfabrikant *Eisenkeil* hat die Jagd in Vomp und der Südtiroler Speck-Industrielle *Gasser* hat die Jagd in Scharnitz. Der italienische Schiffsunternehmer *Corsetti* hat die Jagd in der Windau (Westendorf) und die deutsche *Steigenberger AG* hat die Jagd in Reith bei Seefeld. Der Schweizer Stahlindustrielle *Cramer* hat die Jagd in Holzgau und die *Schweinfurter Kugellager* hat die Jagd in Biberwier. Der deutsche Kunststoff-Fabrikant *Dräbing* hat die Jagd in der Hinterriß und der liechtensteinische Heizungshersteller *Ospelt* hat die Jagd in Steinberg. Der deutsche Waschmittelmulti *Henkel* hat die Jagd in Kufstein-Thierberg und der deutsche Gerüstebau-Produzent *Layher* hat eine Jagd im Bechtental (Achensee). Der schweizerische Kaufhauskette-Besitzer *Ober* hat die Jagd in Trins und der deutsche Kaufhauskette-Besitzer *Nanz* hat die Jagd in Elmen. Das deutsche Bauunternehmen *Eppe* hat fünf Jagden auf dem Mieminger Plateau und der Schweizer Baumeister *Milesi* hat die Jagd in Pettneu am Arlberg. Der italienische Kaufmann *Brega* hat die Birgalpe-Jagd im Kaunertal und der Münchner Kaufmann *Pause* hat die Jagd in der Fotsch (Sellrain). Die deutsche *Optolyt* hat in deutscher Pachtgemeinschaft eine Jagd in Pertisau und die *Monatanwerke Walter* in Tübingen haben die Jagd am Mariataler Berg in Kramsach. Die *Süddeutsche Kühlerfabrik Behr* hat die Jagd in Ehenbichl-Reutte und der Stuttgarter Unternehmer *Wolfer* hat die Jagd in Nasserreith. Der deutsche Baumeister *Langenberger* hat die Jagd am Guffert in Steinberg und der Schweizer Geschäftsmann *Rahmensberger* hat die Jagden Schnann und Strengen am Arlberg. Der deutsche Architekt *Spranger* hat die Jagd am Zimmerberg und der Schweizer Architekt *Weideli* hat zwei Jagden in Tarrenz.

Das ist TIROL HEUTE

Wir sollen uns nicht ersparen, was uns nicht erspart wird:

Die Jagd im Vomperloch haben fünf Schweizer gepachtet. Und die Jagd in Weissenbach haben vier Schweizer gepachtet. Der Deutsche *Heiden* hat die Jagd Entere Sentschaft in Brandenburg und der Deutsche *Holzey* hat die Jagd in Waidring. Die Jagd in Elbigenalp hat der Deutsche *Schneider* und die in Häselgehr hat ebenfalls ein Deutscher. Der Schweizer *Perett* hat in St. Anton die Jagd und der Deutsche *Niemann* hat sie in Köfels im Ötztal. Der Schweizer *Fischer* hat in Steeg eine Jagd und der Deutsche *Abromeit* in Steinberg am Rofan eine. Ein Direktor *Batzer von Ciba-Geigy* hat die Jagd im Kühtai und der deutsche Konservenfabrikant *Achenbach* hat die Jagd in Karres. Der Deutsche *Ilg* hat drei Jagden auf dem Mieminger Plateau und der Schweizer *Rohner* hat die Tannheimer Jagd. Der deutsche *Bunnenberg* hat eine Jagd im Bechtental (Achensee) und der Schweizer *Aman* hat die Untere Jagd in Reutte. In Kirchdorf-Kaiserbach hat der Deutsche *Ried* die Jagd gepachtet und in Waidring-Aschertal hat sie der Deutsche Graf *von der Goltz*. Der Südtiroler *Durnwalder* hat im Defreggen eine und der deutsche *Kufner* hat in Pachtgemeinschaft die Ferwall-Jagd in St. Anton am Arlberg. In Zöblen hat die Jagd der deutsche Graf *Leutrum von Ertingen* und in Weissenbach-Schwarzwasser hat sie der Schweizer

Und und und. Viele wüßten wir noch anzugeben, und viele wissen wir auch nicht.

Wie die Geier

Es versteht sich von selbst, daß ein Großteil dieser Jagdherren in "seinem Gebiet" sich ein Haus gekauft oder ein Jagdhaus in den Wald geklotzt hat. Die Krupp-Werke haben natürlich in Gerlos auch ein Haus, die Henkel-Werke haben natürlich eines in Kufstein, abgeriegelt wie eine Festung, der Großunternehmer Unterberg (1986 ausgezeichnet mit dem "Großen Tiroler Adlerorden") hat natürlich ein Haus am Achensee, der Mannesmann-Konzern hat sich natürlich eines im Stillupp-Tal gebaut und die Rothschilds haben sich in Ischgl eine siebzehn Millionen teure Jagd-Villa in den Wald gebaut. Keinem wird es verwehrt, allein im Außerfern stehen wohl Dutzende Häuser, die ausländischen Jagdherren gehören. Empörung ist keine hinreichende Reaktion.

"Dort steigen nach dem Eintritt in die EG die Preise für Grund und Boden - besonders für bejagbare Flächen - deutlich an. Die schönsten Hochwildreviere Südspaniens sind heute schon fest in 'fremden Händen'".

Und weiter zu Österreich:

"Die Immobilienspalten einschlägiger bundesrepublikanischer Fachblätter sind heute schon gefüllt mit Angeboten kleinerer Eigenjagden in allen Teilen Österreichs. Nach einem EG-Beitritt wird der Ausverkauf ungehemmt anlaufen. (...) Bleibt zu hoffen, daß 'dem kleinen österreichischen Jäger' auch nach dem von einigen seiner Landespolitiker herbeigebetenem EG-'Anschluß' noch bescheidene Jagdgelegenheit verbleibt."

(Jagd in Tirol, 11/89)

Wir werden ... *siehe Seite 38/39!*

Unendliche Möglichkeiten

Der Boden als freie Ware wie jede andere, die jeder kaufen kann, der kann, hilft dem Kapitalismus die höchste Höhe zu erklimmen. Entsprechend steil, müßte man anfügen, wüßte dahinter bergab gehen.

Ohne irgendjemanden erschrecken zu wollen, sei in diesem Zusammenhang an zwei Tiroler Transitstraßen-Projekte erinnert:

* Um "die Ulm-Mailand", die auf Wunsch der großen bayerischen Wirtschaft durch unser Land gebaut werden sollte, durchzubringen, hat sich Franz Josef Strauß Ende der Siebziger Jahre "bereit erklärt, in den nächsten fünf Jahren Milliarden D-Mark an Ablösesummen auf die Tische der Tiroler Bauern zu blättern, um so aus der zweispurigen Schnellstraße eine vierspurige Autobahn werden zu lassen" (so stand es sogar in einer *SPÖ-Wahlbroschüre von 1979*).

* Bei der "Alemagna", die ins Zillertal betoniert werden sollte, gab es "verlockendste Angebote Italiens und Bayerns", wie die Tiroler Tageszeitung schrieb: "Österreich würde finanziell nicht nur nicht belastet, sondern man wäre sogar bereit, sämtliche Grundablösen der Autobahn selber zu bezahlen. Das heißt mit anderen Worten, Österreich müßte nur den 'Weg' geben, alles andere würde die Autobahngesellschaft 'besorgen'" (*TT*, 22.1.72).

Zwei mahnende Beispiele angesichts des Projekts einer neuen (Bahn-) Transitroute durch Tirol, durch ein Tirol, wo nach EG-Recht der Kauf von Häusern so frei sein sollte wie der Kauf von Möbeln und dem Handel mit Grundstücken so wenig entgegenstehen sollte wie dem Handel mit Teppichen.

Windbeutel

Nebenstehend noch ein Bilderbuchbeispiel dafür, wie uns die Gewählten vertreten bis zum Umfallen. Ein Kommentar dazu ist nicht nötig.

Man kann es drehen und wenden wie man will.

Die Umfaller



J. Riegler, Landwirtschaftsminister:

"Ich gehe davon aus, daß wir in absehbarer Zeit keinen Vollbeitritt zur EG haben werden. Aus der Sicht der Landwirtschaft ist das richtig."
Wochenpresse, 31.7.87



Über A. Khol, NRAbg. (ÖVP):

"Khol verlangt einen besonderen Vertrag Österreichs mit den Gemeinschaften, (...) ohne daß es volles Mitglied wird."

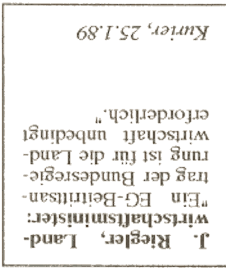
Presse, 7.3.87



L. Steiner, NRAbg. der ÖVP:

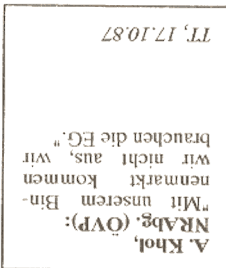
"Solange die Römer Verträge volle Gültigkeit haben, ist ein Beitritt Österreichs zur Gemeinschaft nicht möglich."

1984 (zit. in: Kurswechsel 2/89)



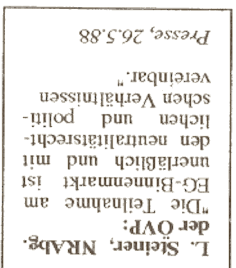
J. Riegler, Landwirtschaftsminister:
"Ein EG-Beitritt ist für die Landwirtschaft unbedingt erforderlich."

Kurier, 25.1.89



A. Khol, NRAbg. (ÖVP):
"Mit unserem Binnenmarkt kommen wir nicht aus, wir brauchen die EG."

TT, 17.10.87



L. Steiner, NRAbg. der ÖVP:

"Die Teilnahme am EG-Binnenmarkt ist unannehmlich und mit den neutralitätsrechtlichen und politischen Verhältnissen vereinbar."

Presse, 26.5.88



Die Umfaller

Die Umfaller



**A. Mock,
Vizekanzler:**

"Wir können nicht den Bauernstand durch eine Vollmitgliedschaft in jene Krisensituation hineindrängen, in der sich die Bergbauern in der EG befinden." *O. Monatshefte 7/87*



**S. Lanner,
NRAbg. (ÖVP):**

"Eine Vollmitgliedschaft bei der EG ist für die österreichische Landwirtschaft derzeit nicht erstrebenswert."

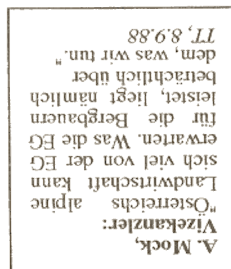
*Bauernzeitung,
8.1.87*



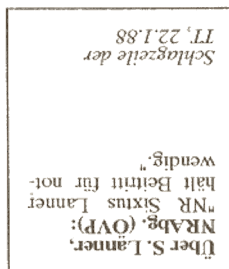
**A. Partl, Landes-
hauptmann:**

"EG-Vollbeitritt nicht notwendig."

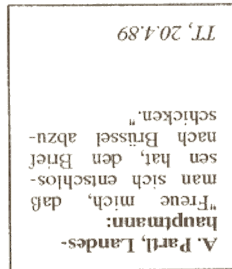
NTZ, 9.11.88



**A. Mock,
Vizekanzler:**
"Österreichs alpine Landwirtschaft kann sich viel von der EG erwarten. Was die EG für die Bergbauern leistet, liegt nämlich beträchtlich über dem, was wir tun." *TT, 8.9.88*



**Über S. Lanner,
NRAbg. (ÖVP):**
"NR Sixtus Lanner hält Beitritt für notwendig." *Schlagzeile der TT, 22.1.88*



**A. Partl, Landes-
hauptmann:**
"Freue mich, daß man sich entschlossen hat, den Brief nach Brüssel abzuschicken." *TT, 20.4.89*



Die Umfaller

Die Umfaller



P. Jankowitsch, Außenminister:
"Ein Beitritt ist nicht möglich. Das ist die Grenze."

Europeus 4/86



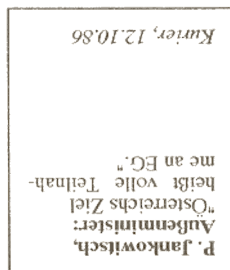
A. Derfler, Bauernbundspräsident:
"Eine EG-Annäherung ist entschieden abzulehnen."

AZ, 3.6.87



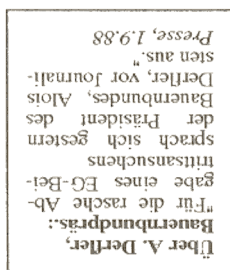
R. Graf, Wirtschaftsminister:
"Wir streben eine Vollmitgliedschaft ebensowenig an wie die Schweiz und Schweden."

Kurier, 23.7.87



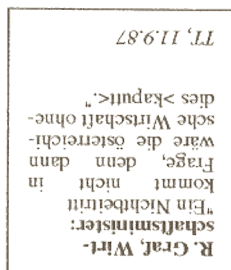
P. Jankowitsch, Außenminister:
"Österreichs Ziel heißt volle Teilnahme an EG."

Kurier, 12.10.86



Über A. Derfler, Bauernbundspräsident:
"Für die rasche Abgabe eines EG-Beitrittsantrags sprach sich gestern der Präsident des Bauernbundes, Alois Derfler, vor Journalisten aus."

Presse, 1.9.88



R. Graf, Wirtschaftsminister:
"Ein Nichtbeitritt kommt nicht in Frage, denn dann wäre die österreichische Wirtschaft ohne dies >kaputt<."

TT, 11.9.87



Die Umfaller

Wie weiter?

"Es gibt Leute, die so wenig Herz haben, etwas zu behaupten, daß sie sich nicht getrauen zu sagen, es wehe ein kalter Wind, sosehr sie ihn auch fühlen möchten, wenn sie nicht vorher gehört haben, daß es andere Leute gesagt haben."

G. Chr. Lichtenberg (1742-1799)

Wie soll Österreich in zehn, zwanzig Jahren ausschauen? Wie wollen die einen, daß es ausschaut? Wie wollen wir, daß es ausschaut, und wie kommen wir dazu? Ist das erreichbar? Warum nicht? Wie schon? Geht es um die besseren Argumente? Entscheiden etwa die Ideen der Menschen? Braucht das Volk Hilfe von seiten seiner Regierung? Brauchen wir Vertreter? Ist die kapitalistische Demokratie das Endziel der ganzen Geschichte?

Wie ist es?

Es ist und bleibt unerträglich - was immer auch die gekauften Medien sagen mögen - , daß Menschen die Knechte anderer Menschen sind. Es mag noch so verpönt sein, zu sagen, daß Profite nicht möglich sind, ohne daß sie jemandem herausgepreßt werden, es bleibt die Wahrheit. Nie, niemals, wird es zu akzeptieren sein, daß Menschen so gehalten werden, wie sie auch bei uns gehalten werden.

Es heißt einzusehen, daß die politischen Auseinandersetzungen nicht auf der Basis von Argumenten oder Meinungen stattfinden, sondern auf der von Interessen. Die Interessen der in diesem Staate wirtschaftenden Kräfte gehen nicht zusammen mit den elementaren Interessen der Mehrheit der Bevölkerung dieses Landes und werden niemals zusammengehen.

Wer Politik länger als Ausfluß von Ideen betrachtet und nicht von Interessen, führt sich selbst an der Nase herum. Argumente sind nichts anderes als Verkleidungen von Interessen. An die Stelle eines widerlegten Argumentes tritt ein neues. Schlagen muß man die Interessen selber.

Wenn Interessen entscheiden, warum entscheiden dann nicht die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung?

Demokratie, zu deutsch: Volksbeherrschung

Unsere "Demokratie" ist ein Abbild der Machtverhältnisse in der Gesellschaft. Wer dort nix zu reden hat, hat auch in der "Demokratie" nix zu reden. Wer dort die Macht hat, hat auch in der "Demokratie" die Macht. Eine Demokratie, die nicht der Durchsetzung des Willens der Mehrheit nützt, was ist das für eine? Das ist eine Karikatur auf die Demokratie. In einer Demokratie bräuchte es nicht jedesmal einen Aufstand, um irgendwo auch nur ein Kraftwerk, eine Müllagerung, eine Durchfahrtsstraße abzuwehren.

"Demokratie", "Volksvertretung", das sind Phrasen. Wörter die schauspielern. Das Parlament ist eine Maschine zur Aufrechterhaltung der Verhältnisse.

Wenn Wahlen etwas verändern könnten, wären sie längst verboten. Seit Jahrzehnten versuchen die Leute bei Wahlen etwas zu verändern. Es ist ihnen nie geglückt. (Da ein Bröselchen von der kleinen Schwesterpartei zur größeren Schwesterpartei, dort ein Bröselchen zur kleinsten Schwesterpartei.) Wahlergebnisse geben nicht den Willen des Volkes wieder. Als hätten nicht in der DDR 1989 statt der gefälschten 98 Prozent, sagen wir, 80 Prozent die gehaßte SED gewählt! (Warum haben in der DDR so viele eine Politik unterstützt, die sie für falsch halten?)

In unseren Landtagen sitzen breit die von niemandem gewählten Raiffeisen-Leute und die Sprecher der Industriellen, z.B. Das sollen wir mit unserem Wählen absegnen. Dieses Parlament gefällt ihnen, und wie! Genüßlich sitzt der Sekretär der Industriellenvereinigung in der ersten Reihe im Tiroler Landtag. Zufrieden räkelte sich der Banker und Großunternehmer Taus im Parlamentssessel. Und so weiter. Wir haben absolut nichts zu melden in diesem Geldwirtschafts-System.

Sie sagen, das ist eben die Demokratie. Mit der müssen wir leben. Einen Scheißdreck müssen wir mit *dieser* Demokratie. Ums Eck fahren müssen wir mit der.*

Statt der bezeichneten Dinge haben wir vorderhand nur die Wörter: Wir haben das Wort "Volksvertretung", aber anstelle einer Volksvertretung haben wir eine Volksverarschung. Wie die Menschen in früheren Notzeiten mit Kaffee-Ersatz auskommen mußten, so müssen wir in diesen mit Demokratie-Ersatz auskommen. So wie der Kaffee-Ersatz außer mit dem Wort nichts mit Kaffee zu tun hat, hat unsere Parteiendemokratie nicht die Bohne zu tun mit Demokratie. So wie einen das Wort "Mantel" nicht gegen die Kälte schützt, so schützt uns das Wort "Gleichheit" nicht gegen die Ausraubung durch andere.

Alles Larifari.

(Jeder hat das Recht seinen Wohnsitz frei zu wählen, sofern er das Geld dazu hat. Jeder hat das Recht, seine Meinung frei zu sagen, sofern er nicht verklagt wird. Usw. Alles Quatsch.)

"Das Recht geht vom Volke aus", "Vor dem Gesetze sind alle Menschen gleich" - ? Diese österreichische Verfassung in Kraft zu setzen, hieße, eine Revolution machen.

Politiker und die von uns unabhängigen Zeitungen reden gerne von "politischem Desinteresse" der Bevölkerung, von deren "Abwendung" von der "Politik", vom "schlechten Ruf der Politiker" unter den Leuten. Das Desinteresse der Bevölkerung an den Politikern kommt von deren Desinteresse an der Bevölkerung, die Abwendung der Bevölkerung von der

*) Schlechter als diese schlechte Demokratie wäre, nicht einmal diese schlechte Demokratie zu haben. Auch diese primitive Vorform ist ein gewaltiger Fortschritt gegenüber der Monarchie oder der faschistischen Diktatur. Sie erleichtert den Kampf für die Interessen der Mehrheit enorm. Aber auch sie muß zurückgelassen werden.

Politik von der Abwendung der Politik von der Bevölkerung, der schlechte Ruf der Politiker bei der Mehrheit vom schlechten Ruf, den die Mehrheit bei den Politikern hat.

Es geht aufwärts

Das Volk läuft den Bischöfen aller politischen Konfessionen davon. Es läuft aus den Gewerkschaften, aus den Parteien, es boykottiert die Kammern. Die Obensitzer werden nicht mehr gewählt. In Wien, Salzburg, Innsbruck haben zuletzt jeweils mehr Menschen nicht gewählt als den später in diesen Städten zum Bürgermeister Ausgerufenen gewählt haben. In Wien haben mehr als sechzig Prozent der Jungwähler schon nicht gewählt. Für die heurige Nationalratswahl werden um die 700.000 Nichtwähler erwartet. Das heißt: Siebenhunderttausend Menschen gehen gar nicht erst hin schauen, was angeboten ist!

Achtzig bis neunzig Prozent der österreichischen Jugendlichen (bis 30 Jahre) verbinden lt. Gallup "Politik mit Korruption und Unehrllichkeit"! (TT, 17.11.87) Nicht zehn Prozent oder zwanzig, sondern neunzig! Neunzig Prozent der Jugendlichen haben eine realistische Einschätzung dieser Geld-ist-Macht - Ordnung.

Die Mißachtung des Volkswillens wird mit der Mißachtung des Politikerwillens beantwortet.

Das hat man uns ja lange genug eingeredet, daß wir Vertreter bräuchten. Gerade das Delegieren hat uns aber in diese Scheiße hineingeführt. Überall, wo die Menschen die Geschäfte, die sie betreffen, nicht selber besorgen, besorgen sie andere für sie. Die Ergebnisse im Westen wie im Osten sind bekannt.

Natürlich gehören sie mit nassen Fetzen davongejagt. Aber nicht nur sie. Hinter einem alten Landeshauptmann wartet ein neuer. Wir müssen dieses Regierungssystem, das uns *anderer Leute* Leute zum Wählen vorsetzt, zum Teufel jagen, vorher kann sich nichts ändern.

Wie es ist, ist es nicht richtig

Die Parteien-Demokratie ist historisch erledigt, aber noch nicht politisch. Und es gibt starke Kräfte (die, die davon profitieren, und das sind starke Kräfte!), die dieses System mit allen (!) Mitteln und mit allen Partnern aufrechterhalten wollen.

Bei allem Überholten ist es das gleiche: Wenn man es nicht stößt, fällt es nicht. Das ist so wie beim Kehren des Bodens, wo das Sprichwort sagt: "Wo der Besen nicht hinreicht, verschwindet der Schmutz nicht von selbst."

Die Art, wie der Großteil der Menschen hier gehalten wird, muß umgeworfen werden und wird umgeworfen werden. Was falsch ist, wird auch durch Dauer nicht zum Richtigen. Die herrschende Ordnung, die durch falsche Demokratie geschönte Geldherrschaft, kann sich nicht halten können. Sie

wird auf dem Müllhaufen der Geschichte landen. Sie wird als verrücktes Kapitel in die Bücher eingehen.

Wohnen, z.B., ist ein Geschäftszweig, wo unter anderem eine Bank und eine Wohnbaugesellschaft und eine Baufirma und ein Makler bedient werden wollen.

Essen, z.B., ist ein Geschäftszweig, wo unter anderem ein Agrarsystem und eine Nahrungsmittelindustrie und ein Großhandel und ein Supermarkt bedient werden wollen.

Gesundheit, z.B., ist ein Geschäftszweig, wo unter anderem eine Chemieindustrie und ein Versicherungsimperium und ein Kassenapparat und eine schwerverdienende Ärzte-Oberschicht bedient werden wollen.

Diese Herrschaftsform muß überwunden werden. Richtiger: Wir müssen diese Herrschaftsform überwinden. Was das Volk braucht, ist nicht Hilfe von seiten seiner Regierung und deren Anschaffer, sondern die Befreiung von dieser Last.

Erst wenn wir ihnen die Macht entreißen, können sie sie nicht mehr mißbrauchen. Erst dann werden nicht mehr ihre Interessen über unsere Bedürfnisse herrschen.

Der EG-Anschluß/Abwehr-Kampf hat gezeigt, daß Österreich gespalten ist in Teile, die nichts gemeinsam haben als den Kampf gegeneinander. Die Unabhängigkeit Österreichs, die die Mehrheit seiner Bevölkerung will, kann nur erreicht werden durch das sich Unabhängigmachen von der derzeit herrschenden Klasse in Österreich!

Wie könnte es sein?

Die Leute wollen ja das alles nicht. Keinen EG-Anschluß. Die Transit-Torturen nicht. Keine Bauernausrottung. Keinen Ausverkauf. Keine Naturvernichtung. Die Leute wollen ganz etwas anderes.

Wir werden ganz davon aufgebraucht, dies und das zu verhindern. Wir sind ganz darauf eingestellt, zeit unseres Lebens nur zu reagieren, die uns zugefügten Schäden zu beheben, das Ärgste abzuwehren. Ist das das Leben?

Da gehts nicht um Geschmäcklerei, nicht um Rechthaberei, sondern darum, ob wir einmal nach eigenen Vorstellungen leben können oder auf ewig nach anderer Leute Pfeife tanzen müssen.

Man schaue sich an, was diese Leute schaffen! Der Mann pendelt jeden Tag aus. Die Frau hat drei kleine Kinder im Haus. Und dann haben sie die Spitze des Staates gegen sich!

Wenn man sich vorstellt, was der Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher guttäte, geht das alles in die falsche Richtung. Mit Riesenschritten. In einem Wahnsinnstempo.



Widerstand im Tiroler Oberland: Herz-Jesu-Feuer 1988

Umgekehrt: Wie könnte es diesem Volke gehen ohne die verhängnisvolle Politik der 30er Jahre! Wo könnte Österreich sein ohne die österreicherfeindliche Politik der letzten zwanzig, dreißig, vierzig Jahre!

Was wollen die Österreicherinnen und Österreicher?

Sie wollen Wohnungen. Bringt das die EG?

Sie wollen Arbeit. Bringt das die EG?

Sie wollen bessere Löhne. Bringt das die EG?

Sie wollen eine gesunde Umwelt. Bringt das die EG?

Sie wollen in diesem Land selbst bestimmen. Bringt das die EG?

Was ist mit der Familie, die in einer Kleinwohnung lebt? Wird es besser für sie? Was ist mit dem Nebenerwerbsbauern? Wird es bleiben, wie es ist? Was ist mit der Kassiererin beim M.-preis? Wirds noch schlechter?

(Sie sagen, wenn Österreich der EG gehört, geht es uns um zwei Prozent, und manche sagen, um fünf Prozent besser. Wenn aber Österreich diese Bagage, die das sagt, zum Teufel jagt, geht es den Österreicherinnen und Österreichern um ein Vielfaches besser.)

Es geht um unser eigenes Leben. Unser einziges.

Wir sind - im Gegensatz zu den Regierenden - der Meinung, dieses Land sollte uns gehören, den Menschen, die hier leben und arbeiten. Um die geht es, einzig und allein, nicht um die dicken Konten eines Herrn Swarovski irgendwo in der Schweiz und ähnliches.

Wir wollen hier leben bleiben. Daher müssen wir die Transitschleusen zumachen. Daher dürfen wir das hereindruckende Kapital nicht hereinlassen. Daher dürfen wir unsere Bauernpolitik nicht den Großagrariern zu Brüssel überlassen. Usw. Wir berauschen uns nicht an dem Unrecht, das uns zugefügt wird, pausenlos. (Der FOEHN gefällt sich nicht darin, den jeweils frischesten Skandal - beim Transitverkehr, bei der Energiepolitik, bei der Verschönerung unserer Wirtschaft - zu erzählen.) Wir widersetzen uns, weil wir uns widersetzen müssen, um von dem, was wir anstreben, nicht noch weiter abgetrieben zu werden.

Man darf keinen Augenblick vergessen, was wir in diesem Lande tun könnten, was in Österreich für eine Politik für seine Menschen gemacht werden könnte.

Wie könnten wir leben!

Radikal sind die derzeitigen Verhältnisse. Die Österreicherinnen und Österreicher wollen hingegen *nichts Extremes*. Nur ein unabhängiges Land, dessen Bevölkerung selbst für das Notwendige und das Nützliche und das Angenehme aufkommt. Ein Land, aus dem die Gewinne nicht abfließen, sondern ganz denen gehören, die sie erarbeiten. Ein Land, wo keinem nach seiner Gier aber jedem nach seinen Bedürfnissen zukommt. Nicht einmal das kleinste Opfer der Menschen in diesem Land ist nötig, um ein auf eigenem stehendes Österreich zu schaffen. Wenn die Reichen arbeiten müssen, müssen auch die Arbeiter reich sein. Es ist für alle genug da. Österreich hat beste Voraussetzungen, Österreich produziert ausreichend. Wir brauchen keine Tschechen und Ungarn zu schröpfen. Es ist so viel da, daß die Masse satt dazubekommen kann (alle türkischen und jugoslawischen Österreicher eingerechnet).

Wie wird es sein?

Wenn etwas in Ruhe ist, kann man sich nicht vorstellen, daß es einmal in Bewegung geraten könnte. So wie wenn etwas in Aufruhr ist, man sich nicht vorstellen kann, daß es einmal wieder zur Ruhe kommen könnte. Was wir derzeit erleben, ist eine Etappe. Mehr nicht. Dies ist noch nicht das Ziel der menschlichen Entwicklung. Es geht weiter. Nichts bleibt beim alten.

Auch der Inn bleibt nirgends stehen

Wie wir jetzt, seit einigen Jahrzehnten leben, ist kein End-Zustand, sondern auch nur eine geschichtliche Durchgangsperiode. Seit x-tausend Jahren gibt es Menschen - und wie kurz die kapitalistische Demokratie!

Alle Vorstellungen von Stillstand sind falsch. Sie sind deshalb falsch, weil sie weder mit den geschichtlichen Tatsachen der gesellschaftlichen Ent-

wicklung während der vergangenen Jahrtausende übereinstimmen, noch mit den geschichtlichen Tatsachen in der Natur.

Die Mächtigen sind zu allen Zeiten ihren Untertanen damit in den Ohren gelegen, wie gut sie es mit ihnen hätten. Hätten unsere Vorfahren den süßen Worten ihrer Unterdrücker, sie lebten in der besten aller Welten, geglaubt und nicht ihren eigenen Erfahrungen, so roboteten wir heute noch für den Kaiser (und Otto Habsburg wäre heute keine Witzfigur, sondern unser Zwingherr). Würden wir heute den Konzernbossen und ihrem Polit-Personal glauben, wir lebten in der besten aller Welten, und nicht dem, was wir täglich erleben, so würden die Menschen in hundert Jahren noch in diesem ungerechten, übel organisierten System leben.

So wie gegenüber dem alleinherrschenden Adel diese Parteidemokratie ein Fortschritt war, so läßt sich Besseres denken. Mehr Menschen müssen an der Macht beteiligt werden. Alle.

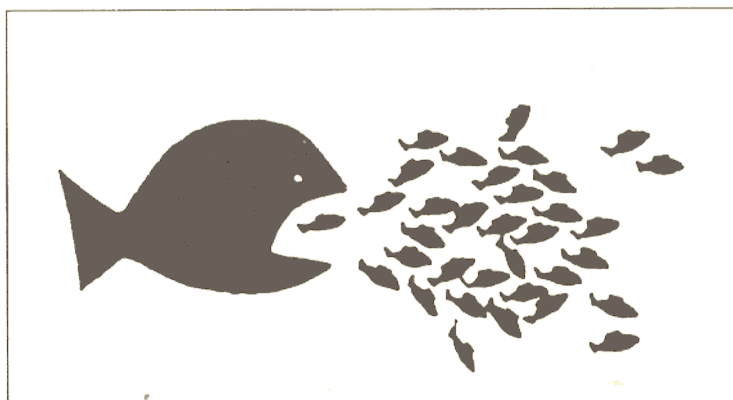
Es kommt was Bess' res nach

Wir sind Vorläufige. Denen nach uns werden wir scheinen wie uns die vor uns mit den langen Pfeifen auf den braungewordenen Photos. Nur ein Trottel denkt sich alle Zukunft als verlängerte Gegenwart. Wenn wir, sagen wir, aus dem Jahre 2015 auf heute schauen: Es wird sich keiner mehr vorstellen können, daß Menschen so gegeneinander gelebt haben. In einer solchen Gesellschafts-Unordnung.

"Hätte", wird man sagen, "hätte nicht damals, 1990, schon ganz klar sein müssen, ..." Ja, es hätte.

Es gibt viele Menschen, die meinen, es müsse - unausweichlich - diesen Weg gehen. Nicht, weil sie ihn wollen, aber weil sie einen anderen nicht für möglich halten.

Wenn es möglich ist, daß die Mehrheit nach der Pfeife der Minderheit tanzt, um wieviel leichter dann das Umgekehrte! Welch herrliche Melodien lassen sich da denken!



Die Zustände, wie sie sind, sind nicht zu halten. Die Aufstände in anderen europäischen Ländern haben auch bei uns das uns lahmlegende Gefühl zerstört: Das Gefühl, die Verhältnisse seien für immer fixiert, wir hätten den Endpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung erreicht. Die Massenaktionen mitten in Europa haben gezeigt, was möglich ist von einem Tag auf den anderen.

Die an der Ungerechtigkeit profitieren, hören es natürlich nicht gern, daß man sagt, diese "Ordnung" sei eine ungerechte. Die an dieser Ungerechtigkeit profitieren, sagen natürlich, das sei keine ungerechte Ordnung.

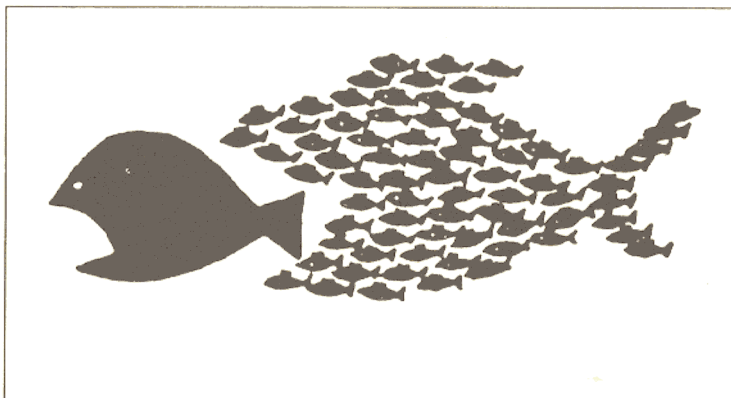
Zu allen Zeiten hätten die jeweiligen Nutznießer gern die Zeit aufgehalten. Es ist ihnen bis heute nie gelungen. Nie hat sich der Adel vor 150 oder 200 Jahren sein Ende vorstellen können oder nur zusammen mit dem Ende der Welt.

Auch die unter der Kaiserherrschaft lebenden Menschen werden ihre Lage als aussichtslos, ihr System als unüberwindbar angesehen haben. "Da kann man nichts ändern", werden sie einander zugeraunt haben. Und: "Das wird immer so sein."

Wir brauchen uns von niemandem irremachen zu lassen in unserem Wissen, daß es eine Welt geben kann, wo keiner der Büttel eines anderen Menschen und keiner der Herr über einen anderen Menschen ist. Daß ein anderes Verhältnis zwischen den Menschen möglich ist als das jetzige, wo das Vermögen die Beziehungen bestimmt. Wir können es glauben oder nicht glauben: Das Ende dieses Systems ist so unaufhaltsam wie notwendig. Die Entwicklung bringt das Ende wie die Wolke den Regen.

Wie es heute ist, ist es morgen gewesen

Wie wir uns heute noch politisch organisieren, ist des Menschen unwürdig, seiner Entwicklungsstufe ganz und gar unangemessen. Wir, die wir heute leben, die solche unvergleichbare Höchstleistungen erbringen auf wirtschaftlichem, technischem, geistigem Gebiet, lassen uns politisch halten wie der letzte Dreck. Lange wird sich diese Gesellschaft, die ständig



voranschreitet in ihren Fähigkeiten, es sich nicht gefallen lassen, politisch wie vorgestrichelt behandelt zu werden.

Wieder können und wollen sich die Profiteure der Gegenwart ihr Ende nur als Ende der Welt vorstellen. Trotzdem ist sicher: Solange wie es ihre Ordnung bis hier her gegeben hat, wird es sie von hier weg nicht mehr geben. Es wird schon fleißig heruntergezählt. Die Welt wird noch stehen, aber sie wird nicht mehr von ihnen beherrscht sein.

Es ist keine kommunistische Propaganda, jeder kann es sehen, daß ihr System zu schanden geht. Schon die Lösung eines jeden kleinen Problems bedürfte des Umsturzes des Systems: Schon das Wohnungsproblem zu lösen, z.B., bedingte den Umsturz. Das Transitproblem wirklich zu lösen, z.B., setzte den Umsturz dieses Systems voraus. Das Umweltproblem wirklich zu lösen, z.B., erforderte den vorherigen Umsturz dieses Systems. Um das Ausländerproblem (d.h. das Problem, das die hier arbeitenden Ausländer mit Österreich haben) zu lösen, z.B., müßte vorher dieses System gestürzt werden. Das Bauernproblem, z.B., ist nicht zu lösen, ohne daß vorher der Sturz dieses Systems erfolgt.

Wer, wenn nicht wir?

Die objektiven Bedingungen dafür, mit diesem System zu Ende zu kommen, die Kapitalherrschaft abzuschütteln, diese Geld-Demokratie auf der Sondermülldeponie der Geschichte endzulagern, sind gut.

Die derzeit gefeierte "Stabilisierung" ist in Wahrheit eine Phase der weiteren Zuspitzung. Man muß ja niemanden hindern, wenn er sich in seine eignen Taschen lügt. Aber in die unsren sollten wir uns das nicht lügen lassen. Das ist die eine Seite. Damit diese dem Untergang geweihte Epoche aber diesem verdienstermaßen auch entgegengeht, müssen wir etwas dazu-tun. An sich selbst geht auch dieses System nicht zugrunde.

Frage: Gibt es etwas Stärkeres als die Macht des großen Kapitals?

Antwort: Ja. Den Willen der Masse.

Was uns tagtäglich beigebracht wird, wird die Menschen über die Zustände noch so erschrecken machen, daß sie ihnen den nötigen Mut machen.

Man kann manches glauben und vieles hoffen. Sicher und gewiß bleibt aber auch in dieser Zeit, wo viele nicht mehr wissen, wo vorne und wo hinten ist, dies:

* Daß dieses nicht das *letzte System* ist.

* Daß dieses nicht *unser System* ist.

* Daß die, denen ihres dieses ist, *nicht freiwillig* abdanken.

Hinten ist die Geschichte zu. Mit Kaisertum. Mit Faschismus. Mit Kapitalherrschaft. Vorne ist sie offen. Dort müssen wir aus dem heraus!

Wie? Ja, wie?

Mitteilung gemäß § 39 Abs. 2 MedienG Freispruch im "TIWAG-Prozeß"

In Heft 12 dieser Zeitschrift wurde gemäß § 37 Mediengesetz Mitteilung vom Verfahren gemacht, das die Tiroler Wasserkraftwerke AG (TIWAG) gegen Markus Wilhelm, den Autor der "Stromkolonie Österreich" (FOEHN 10/11), wegen des Vergehens der Kreditschädigung angestrengt hatte.

In den folgenden Passagen hatte die TIWAG das Vergehen nach § 152 StGB erblickt:

Im Abschnitt "Vom europäischen Stromberg" auf Seite 30:

>Die TIWAG will bauen. In ihrem Interesse, im Interesse der ausländischen E-Konzerne, denen sie verpflichtet ist, und im Interesse bundesdeutschen Finanzkapitals. Diese Interessen versucht sie mit handfesten Lügen und mit unverhohlenen Drohungen gegen die hier lebenden Menschen und deren Bedürfnisse durchzusetzen.<

Im selben Abschnitt, in dem von den gewaltigen Unterschieden des Strompreises für Kleinabnehmer und Industrie die Rede war, auf Seite 33:

>Warum das so ist? Z.B. deswegen, weil einer der drei Direktoren der Tiroler Landeselektrizitätsgesellschaft, Helmuth Mayr, Vorstandsmitglied der Vereinigung österreichischer Industrieller ist, z.B. deswegen, weil im Aufsichtsrat der TIWAG der langjährige Landespräsident der Vereinigung österreichischer Industrieller sitzt. Zu all dem soll dem Aufsichtsrat der Verbundgesellschaft lt. "profil" vom 27. Oktober 1987 in Bälde der Generalsekretär der Vereinigung österreichischer Industrieller, Herbert Krejci, als Präsident vorstehen.<

Im Abschnitt "Lassen sich das die Tiroler gefallen?" auf Seite 45:

>Den Strängen aber, die die elektrische Energie von Tirol nach Deutschland abschleppen, ist auf manchen Strecken ein Fernmelde-netz beigegeben, das nicht nur der Regelung des Stromflusses dient. Auf der Haiminger Alm zum Beispiel, östlich des Tschirgant, steht ein dafür viel zu großer und viel zu gut bestückter Sendemasten. Es besteht der dringende und mehrfach geäußerte Verdacht, daß die TIWAG hier Anlagen in Betrieb hält, die die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten der NATO in unserem Land und über unser Land hinweg unterstützen. Von diesem Punkt aus ist Westtirol elektronisch zu kontrollieren, können empfangene Radarimpulse verstärkt und an die militärischen Anlagen der NATO z.B. auf der Zugspitze weitergegeben werden. Im bayerischen Grenzland sind unter anderem die US-Fernmeldetruppe 6915. Electronic Switching System, die US-Aufklärungstruppe National Security Agency Signal Intelligence, die US-Fern-

meldetruppe Satellite Communication Terminal und die 66. Army Intelligence Group der USA stationiert.

Dieser rotweißrot angestrichene, also österreichisch getarnte Sendemasten ist ein Symbol dafür, wie weit der Anschluß unserer Heimat an das Ausland schon wieder vollzogen ist.<

Das Landesgericht Innsbruck als Erstgericht hat in seinem Urteil vom 10. April 1989 auf Freispruch in allen Punkten erkannt. Dieses von der TIWAG bekämpfte Urteil wurde am 13. September 1989 vom Berufungssenat des Oberlandesgerichtes Innsbruck bestätigt. Die TIWAG hat laut Beschluß des Gerichtes die gesamten Kosten des Verfahrens zu tragen.

Im Verlaufe des Prozesses sind Dinge über die Strompolitik dieses Landes bekannt geworden, die zum Teil weit über das im gegenständlichen Heft Angedeutete hinausgehen. Wir werden uns im FOEHN noch ausführlich mit den Umständen des Verfahrens, den politischen Verwicklungen, vor allem aber mit den neu entdeckten Fakten beschäftigen.

Abschließend ein Dokument in dieser Sache: Der die Klage gegen den FOEHN stark mitbetreibende Vorstands-Direktor der TIWAG, Dr. Mayr, mußte letzten Endes über seinen Anwalt die folgende Erklärung abgeben:

ERKLÄRUNG

Ich, Dr. Helmut Mayr, Vorstandsleiter der Tiroler Wasserkraftwerke AG ziehe die unwahre Behauptung, Herr Markus Wilhelm habe Verleumdungen über die TIWAG verbreitet mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und entschuldige mich dafür.

RECHTSANWALTSKANZLEI
Dr. JOSEF M. DANLER ..
(für die TIWAG) 22.03.89
A-6020 INNSBRUCK
Spargasse 10a - Mail 0000 - 034280
TTY 116 143380

Geziefer

Mock kennt nur noch eine große politische Aufgabe. Die der Neutralität.

Das Ziel Honeckers war der Kommunismus. - Es war ein Blattschuß.

Die Österreichische Industriellenvereinigung schafft an. Und die Folgspartei tuts.

Ihr wollt eine umweltverträgliche Autobahn? Ja, gibt es denn eine autobahnverträgliche Umwelt?

Sozialpartner:
Kompromißwirtschaft.

Die Grenzen zwischen den mächtigen und den schwächtigen Staaten müssen weg. Das hat der Fuchs immer schon gesagt, daß die Drahtzäune wegmüssen, weil sie die Hühner einsperren.

Auch ein Politiker braucht Illusionen. Die seiner Wähler.

Bei Sandoz und bei Ciba Geigy ist alles im Fluß.

Der Dings sagt, die SED-Bonzen sollen schön *bleiben*. Zuerst haben sie den Sozialismus diskreditiert, jetzt sollen sie gefälligst den Kapitalismus diskreditieren.

Es gibt viele gute Gründe für die EG. Wenn das Grundverkehrs-gesetz fällt.

Landeshauptmann Dr. Alois Partl sagte in seiner Antrittsrede, "spätere Generationen werden unsere Zeit danach beurteilen, was wir an bleibenden Werten geschaffen haben". Wie recht er hat. Sie werden ihn nach den geschaffenen bleibenden Blei- und Cadmiumwerten, Nitrat- und Benzpyrenwerten, Ozon- und Kohlendioxydwerten beurteilen.

Die EG-Propaganda besteht darin, uns das Gefühl zu geben, der Strick, der uns um den Hals gelegt wird, sei ein Rettungsseil.

Der FOEHN schießt übers Ziel? Nein. Wir zielen gar nicht auf die Kleinen.

Neuer Slogan der Fremdenverkehrswerbung:
"Atemberaubendes Wipptal"

Seine kaiserl. Hohlheit, Otto v.H.

Unsere deutschlandhörigen Medien in der EG-Propaganda:
Die Hineinpresse Österreichs.

Direktor Mayr von der TIWAG behauptete vor Gericht, der FOEHN hätte ihn der Bestechlichkeit bezichtigt. Das haben wir ihn natürlich nicht. Wir wissen, Direktor Mayr würde nie etwas annehmen. Wie die Verhandlung gezeigt hat, nicht einmal Vernunft.

Grenzenlose Gier

Franz Josef Strauß sagte einmal, daß er sich, wenn er in Österreich sei, nicht wie im Ausland fühle. Dazu fällt mir nichts Lustiges ein. Sein Vorgänger als bayerischer Ministerpräsident, Alfons Goppel, rief 1964 - als er zu einem offiziellen Besuch nach Tirol kam - beim Grenzübertritt in Kufstein aus: "Die Trennlinie zwischen Tirol und Bayern ist nur ein juristischer Zaun!"

Reichsminister Göring hatte in seinem Haus schon 1937 eine Landkarte hängen, auf der zwischen Österreich und Deutschland keine Grenze eingezeichnet war. Er erklärte das dem österr. Außenminister so: "Ich möchte eine so schöne Karte nicht so oft ändern und habe sie deshalb gleich so angelegt, wie sie meinen Wünschen entspricht."

FOEHN-Post

FOEHN-Leser. Nein, der Landtagsabgeordnete Fiegl hat nicht dementiert. Ja, er hat wirklich im Gasthaus vor Zeugen zur Judenvernichtung im Dritten Reich gesagt: "Viel zu wenige hat man umgebracht!" Ja, er sitzt wirklich im Tiroler Landtag. Nein, für die ÖVP. Ja, als Fremdenverkehrssprecher seiner Partei.

Grünling. Da hilft die ganze Wissenschaft nicht: Grüner Star ist unheilbar! Du hast noch das Wort des Peter Pilz vom letzten Wahlsonntag-Abend im Ohr: "Den Haider machen wir im Parlament zur Schnecke." (Basta, 12/1986) Aber wenn Du im Kampf gegen die Bräunlichen auf die Grünlichen gesetzt hast, hast Du auf die Falschen gesetzt. Voggenhuber hat auf die Frage, ob er ein Rezept habe, Haider zu stoppen, in die TV-Kamera hinein bekannt: "Das ist nicht mein Ziel." (16.4.89) Und dem >Kurier< verriet dieses Brschloch: "Ich verabscheue seine (Haider's) politischen Inhalte. Aber ich trete dafür ein, daß er sie verwirklichen kann." (MOZ, 6/ 89)

TIWAG-Bedienstete. Tatsachen sind eine hartnäckige Sache. So können wir uns den Aufmacher "Wirklichkeit der Lüge überführt. Erfindungen der TIWAG stimmen!" sparen. Inzwischen (zwei Jahre nach Erscheinen der FOEHN-Nummer unter dem Titel "Stromkolonie Österreich") gesteht auch Verbund-Chef Fremuth: "Derzeit sind Tirol und Vorarlberg eine Stromkolonie der BRD"! (IT, 20.1.90) Das Heft ist in dritter unveränderter Auflage noch zu haben. Natürlich werden wir die ganze Chose ausführlich dokumentieren. Vielen Dank Ihnen auch und allen anderen für die Unterstützung.

Abonnent. Besten Dank für Ihre Mitteilung, daß das Wort vom "europäischen Haus" zum erstenmal von Adolf Hitler in seiner Völkerbundesrede (Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund) im Herbst 1933 verwendet wurde.

Senatsrat. Sie sind wirklich ausgesprochen dumm, Herr Dr. Frenzel, die Argumente, die Sie vorbringen. Jedenfalls warnen wir Sie davor, noch einmal öffentlich zu versuchen, Ihr klitzekleines Renommee aufzubessern, indem Sie die unwahre Behauptung machen, "die Stadt Innsbruck fördert ja auch den kritischen FOEHN".

Frau S. Das mit der "Osthilfe" gibt auch unter Anführungszeichen noch keinen Sinn. Oder würden Sie von einem Fischer, der auf einer Angel einen Wurm in den See hineinhängt, sagen, er füttere die Fische?

Geschichtsfreund. Ob man es beweisen könne, daß Swarovski den Aufstieg Haider's finanziert, fragst Du. Wir denken, schon. Gut kann man auch beweisen, daß die alten Swarovskis - fast durch die Bank früheste illegale NSDAP-Mitglieder - die Nazis gefördert haben, wo es ging. Ein andermal vielleicht ausführlicher über dieses Unternehmen und seine Tradition.

U. Nicht nur Sie haben nichts gehört. Kein einziger roter oder schwarzer oder grüner Landespolitiker hat auch nur ein Sterbenswörtchen zum Einkauf des Springer-Konzerns beim "Unabhängigen Tiroler Volksblatt für Westösterreich und Südtirol" verlauten lassen. Er oder sie könnte dann womöglich nicht mehr mit jeder Platte in der TT Platz finden. Der Ausverkauf geht die Damen und Herren Abgeordneten solange nichts an, als er der eigenen Karriere nicht schadet.

Landeshauptmann. Sie verbreiten trotz zweier entgegengesetzter Gerichtsurteile, "daß die inkriminierten Aussagen von Herrn Markus Wilhelm unwahr sind". Dies habe, schreiben Sie, "sowohl das Erstgericht, als auch der Senat des Oberlandesgerichtes Innsbruck festgestellt". Was sollen wir da noch sagen? Vielleicht das, was ein Kollege von Ihnen, Landesrat in Ihrer Regierung, einmal in aller Öffentlichkeit gesagt hat: "Der Partl lügt ja wie gedruckt!"